Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2676

15. 07. 88

Sachgebiet 2129

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

A. Zielsetzung

Die Bundesrepublik Deutschland hat am 16. September 1987 in Montreal das Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, unterzeichnet.

Das Protokoll ist erarbeitet worden auf der Grundlage des Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht, das die Bundesrepublik Deutschland am 22. März 1985 in Wien unterzeichnet hat. Gegen den Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Wiener Übereinkommens gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes (BR-Drucksache 105/88 vom 18. März 1988) hat der Bundesrat am 29. April 1988 keine Bedenken gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes erhoben.

Das Protokoll konkretisiert die im Übereinkommen vereinbarten Pflichten zum Schutz der Ozonschicht durch bestimmte Regelungsmaßnahmen bei einer Gruppe von fünf Chlorverbindungen (Fluorchlorkohlenwasserstoffe – FCKW) und einer Gruppe von drei Bromverbindungen (Halonen) mit dem Ziel, Verbrauch und Produktion dieser Stoffe schrittweise einzuschränken bzw. zu verringern.

Diesem Ziel dienen ferner Handelsbeschränkungen mit Nichtvertragsparteien, Sanktionen bei Nichterfüllung der Pflichten aus dem Protokoll sowie die Verpflichtung zur Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung zur Verbesserung der Techniken der Vernichtung und Verwertung sowie zum Ersatz dieser Stoffe.

B. Lösung

Mit dem Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ratifikation des Protokolls geschaffen werden, damit dieses wie vorgesehen am 1. Januar 1989 in Kraft treten kann.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bund werden sich nach Inkrafttreten des Protokolls u. a. Kosten aus der Mitfinanzierung eines Sekretariats sowie aus der Teilnahme an den im Protokoll vorgesehenen Veranstaltungen ergeben. Über die Veranschlagung der Mittel wird im Rahmen der Aufstellung des Haushalts 1989 und der Fortschreibung der Finanzplanung zu entscheiden sein.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (32) – 235 44 – Bi 1/88 – NA 1

Bonn, den 15. Juli 1988

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen mit Begründung (Anlage) und Vorblatt.

Der Wortlaut des Protokolls in englischer und französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 591. Sitzung am 8. Juli 1988 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Anlage

Entwurf

Gesetz zu dem Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Montreal am 16. September 1987 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Beschlüsse der Vertragsparteien gemäß Artikel 2 Absätze 9 und 10 des Protokolls, die sich im Rahmen der Ziele des Protokolls und des Übereinkommens vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (Bundesrats-Drs. 105/88) halten, durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die aufgrund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Verordnungsermächtigung in Artikel 2 trägt der Vertragsbestimmung des Artikels 2 Absätze 9 und 10 Rechnung. Diese enthält Änderungsklauseln, gemäß denen Änderungen, insbesondere Erweiterungen des Protokolls auch für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindlich vereinbart werden können. Die Protokolländerungen (Anpassung der Ozonabbaupotentiale, Anpassung und Verminderungen der Produktion und des Verbrauchs, Aufnahme und Streichung von Stoffen) betreffen Gegenstände der Bundesgesetzgebung. Im Hinblick auf die im Artikel 2 Abs. 9 Buchstabe d des Protokolls vorgegebene kurze Frist von sechs Monaten für das Inkrafttreten dieser Änderungen ist zu deren innerstaatlicher Umsetzung eine Verordnungsermächtigung an die Bundesregierung erforderlich. Das Protokoll ist aus Gründen der möglichst schnellen Anpassung an den jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungen des Ozonabbaus sowie die daraus folgenden Gefahren für die menschliche Gesundheit und die Umwelt auf Ergänzung angelegt. Dies erfordert eine rasche Umsetzung der Beschlüsse der Vertragsparteien im Rahmen des Protokolls. Die Verordnungsermächtigung ermöglicht die unverzügliche Umsetzung der von den Vertragsparteien beschlossenen Maßnahmen. Zudem dient sie der Entlastung des Gesetzgebers von möglicherweise kurzfristig wiederkehrenden Gesetzesbeschlüssen mit überwiegend fachspezifischem Inhalt.

Es ist Sache der Bundesregierung, dem Gesetzgeber stets rechtzeitig über beabsichtigte Änderungen und Ergänzungen des Protokolls zu berichten.

Zu Artikel 3

Das Protokoll sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Verordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Montrealer Protokoll sind folgende Kosten zu erwarten:

1. Nach Artikel 7 Abs. 2 des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht (BR-Drs. 105/88) werden die Sekretariatsaufgaben vorläufig im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) durchgeführt. Die Konferenz der Vertragsparteien wird auf ihrer ersten ordentlichen Tagung aus der Reihe der bestehenden zuständigen internationalen Organisationen das Sekretariat bestimmen, das endgültig die vorgesehenen Sekretariatsaufgaben wahrnimmt. Die Aufgaben und Befugnisse des Sekretariats aus dem Montrealer Protokoll sind in Artikel 12 des Protokolls zusammengefaßt. Artikel 13 enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien, die zur Durchführung des Protokolls notwendigen Kosten, einschließlich derjenigen für die sich hieraus ergebenden Arbeiten des Sekretariats, ausschließlich durch Beiträge der am Protokoll Beteiligten aufzubringen.

   Auf die unmittelbar aus dem Übereinkommen anfallenden Sekretariatskosten ist im Vertragsgesetz zum Wiener Übereinkommen eingegangen worden (BR-Drs. 105/88). Aus dem vorliegenden Protokoll ergeben sich darüber hinaus keine zusätzlichen Kosten.

2. Kosten für die Teilnahme an den Sitzungen der Konferenz der Vertragsparteien und wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie zur Erfüllung der sonstigen Pflichten aus dem Protokoll lassen sich z. Z. noch nicht abschätzen. Sie werden bei der Aufstellung der Haushaltspläne im Rahmen der Ansätze für Dienstreisen bzw. – soweit es sich um die Heranziehung von Fachleuten außerhalb der Bundesverwaltung handelt – der Ansätze für internationalen Erfahrungsaustausch berücksichtigt werden.

3. Das Protokoll verpflichtet die Vertragsparteien u. a. in Artikel 9 zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit bei der Erforschung der Atmosphäre und zum Informationsaustausch. Dieser Verpflichtung wird bereits jetzt u. a. im Rahmen der Programme „Klima- und Umweltforschung" der Bundesregierung, des „Sonderprogramms Klimaforschung" des Umweltbundesamtes und des Beobachtungsprogramms des Deutschen Wetterdienstes Rechnung getragen. Die Kosten für diese Aktivitäten belaufen sich gegenwärtig insgesamt auf rd. 8 Mio. DM. Gemäß Artikel 9 Abs. 2 und Artikel 10 sind die Vertragsparteien ferner zur Förderung des öffentlichen Bewußtseins über die Auswirkungen von Emission der im Protokoll geregelten Stoffe auf die Ozonschicht sowie zur Zusammenarbeit mit dem Ziel technischer Unterstützung zur Erleichterung des Beitritts weiterer Staaten zum Protokoll verpflichtet. Die hierzu erforderlichen Kosten sind noch nicht vorauszusagen.

   Im Rahmen der Förderung von Forschungsaktivitäten zur Klima- und Umweltforschung der Bundesregierung beabsichtigt der Bundesminister für Forschung und Technologie, in den Jahren 1988 ff. eine Kampagne zur Ozonlochproblematik auf der Nordhalbkugel durchzuführen. Für 1988 stehen die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung; für 1989/90 wird über die derzeit noch nicht abschätzbaren Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung 1989 und der Fortschreibung des Finanzplans zu entscheiden sein. Hinsichtlich des Beobachtungsprogramms des Deutschen Wetterdienstes fallen bei Beibehaltung des gegenwärtigen Meßprogramms keine Mehrkosten an. Ebenso ist im Rahmen des „Sonderprogramms Klimaforschung" des Umweltbundesamtes nicht mit Mehrausgaben zu rechnen.

4. Mit diesem Vertragsgesetz leistet die Bundesrepublik Deutschland ihren Anteil, damit das Montrealer Protokoll rechtzeitig zum 1. Januar 1989 in Kraft treten kann. Die Umsetzung des Vertragsinhalts in innerstaatliches Recht soll durch eine Verordnung des Rats der Europäischen Gemeinschaften (BR-Drs. 129/88) erfolgen, die zeitgleich mit dem Protokoll in Kraft treten soll, so daß die Verpflichtungen aus dem Protokoll mit dieser Verordnung in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar geltendes Recht werden. Aufgrund der vorgesehenen Mengenregulierungen (bis zur Halbierung) bei bisher fünf Fluorchlorkohlenwasserstoffen und der Einschränkung bei bisher drei Halonen sind Einzelpreiserhöhungen zu erwarten, die sich jedoch für die Zukunft nicht qantifizieren lassen. In welchem Umfang davon Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau und das Preisniveau insgesamt ausgehen werden, läßt sich ebenfalls noch nicht abschätzen.

Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer

Protocole de Montréal relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone

The Parties to this Protocol,

Being Parties to the Vienna Convention for the Protection of the Ozone Layer,

Mindful of their obligation under that Convention to take appropriate measures to protect human health and the environment against adverse effects resulting or likely to result from human activities which modify or are likely to modify the ozone layer,

Recognizing that world-wide emissions of certain substances can significantly deplete and otherwise modify the ozone layer in a manner that is likely to result in adverse effects on human health and the environment,

Conscious of the potential climatic effects of emissions of these substances,

Aware that measures taken to protect the ozone layer from depletion should be based on relevant scientific knowledge, taking into account technical and economic considerations,

Determined to protect the ozone layer by taking precautionary measures to control equitably total global emissions of substances that deplete it, with the ultimate objective of their elimination on the basis of developments in scientific knowledge, taking into account technical and economic considerations,

Acknowledging that special provision is required to meet the needs of developing countries for these substances,

Noting the precautionary measures for controlling emissions of certain chlorofluorocarbons that have already been taken at national and regional levels,

Les Parties au présent Protocole,

Etant Parties à la Convention de Vienne pour la protection de la couche d'ozone,

Conscientes de leur obligation conventionnelle de prendre les mesures appropriées pour protéger la santé de l'homme et l'environnement contre les effets néfastes qui résultent ou risquent de résulter d'activités humaines qui modifient ou risquent de modifier la couche d'ozone,

Reconnaissant que les émissions à l'échelle mondiale de certaines substances peuvent appauvrir de façon significative et modifier autrement la couche d'ozone d'une manière qui risque d'avoir des effets néfastes sur la santé de l'homme et l'environnement,

Ayant conscience des effets climatiques possibles des émissions de ces substances,

Conscientes que les mesures visant à protéger la couche d'ozone contre le risque d'appauvrissement devraient être fondées sur des connaissances scientifiques pertinentes, compte tenu de considérations techniques et économiques,

Déterminées à protéger la couche d'ozone en prenant des mesures de précaution pour réglementer équitablement le volume mondial total des émissions de substances qui l'appauvrissent, l'objectif final étant de les éliminer en fonction de l'évolution des connaissances scientifiques et compte tenu de considérations techniques et économiques,

Reconnaissant qu'une disposition particulière s'impose pour répondre aux besoins des pays en développement en ce qui concerne ces substances,

Constatant que des mesures de précaution ont déjà été prises à l'échelon national et régional pour réglementer les émissions de certains chlorofluorocarbones,

(Übersetzung)

Die Vertragsparteien dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht,

eingedenk ihrer Verpflichtung aufgrund des Übereinkommens, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen zu schützen, die durch menschliche Tätigkeiten, welche die Ozonschicht verändern oder wahrscheinlich verändern, verursacht werden oder wahrscheinlich verursacht werden,

in der Erkenntnis, daß weltweite Emissionen bestimmter Stoffe zu einem erheblichen Abbau der Ozonschicht führen und sie auf andere Weise verändern können, was wahrscheinlich schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zur Folge hat,

im Bewußtsein der möglichen klimatischen Auswirkungen von Emissionen dieser Stoffe,

im Bewußtsein, daß Maßnahmen, die zum Schutz der Ozonschicht vor einem Abbau getroffen werden, auf einschlägigen wissenschaftlichen Kenntnissen beruhen sollten, wobei technische und wirtschaftliche Erwägungen zu berücksichtigen sind,

entschlossen, die Ozonschicht durch Vorsorgemaßnahmen zur ausgewogenen Regelung der gesamten weltweiten Emissionen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, zu schützen, mit dem Endziel, diese Stoffe auf der Grundlage der Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse zu beseitigen, wobei technische und wirtschaftliche Erwägungen zu berücksichtigen sind,

in der Erkenntnis, daß besondere Vorkehrungen zur Deckung des Bedarfs der Entwicklungsländer an diesen Stoffen notwendig sind,

im Hinblick auf die Vorsorgemaßnahmen zur Regelung der Emissionen bestimmter Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die bereits auf nationaler und regionaler Ebene getroffen worden sind,

Considering the importance of promoting international co-operation in the research and development of science and technology relating to the control and reduction of emissions of substances that deplete the ozone layer, bearing in mind in particular the needs of developing countries,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Protocol:

1. "Convention" means the Vienna Convention for the Protection of the Ozone Layer, adopted on 22 March 1985.
2. "Parties" means, unless the text otherwise indicates, Parties to this Protocol.
3. "Secretariat" means the secretariat of the Convention.
4. "Controlled substance" means a substance listed in Annex A to this Protocol, whether existing alone or in a mixture. It excludes, however, any such substance or mixture which is in a manufactured product other than a container used for the transportation or storage of the substance listed.
5. "Production" means the amount of controlled substances produced minus the amount destroyed by technologies to be approved by the Parties.
6. "Consumption" means production plus imports minus exports of controlled substances.
7. "Calculated levels" of production, imports, exports and consumption means levels determined in accordance with Article 3.
8. "Industrial rationalization" means the transfer of all or a portion of the calculated level of production of one Party to another, for the purpose of achieving economic efficiencies or responding to anticipated shortfalls in supply as a result of plant closures.

Article 2

Control Measures

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on the first day of the seventh month following the date of the entry into force of this Protocol, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed its calculated level of con-

Considérant qu'il importe de promouvoir une coopération internationale en matière de recherche et développement en sciences et techniques pour la réglementation et la réduction des émissions de substances qui appauvrissent la couche d'ozone, en tenant compte notamment des besoins des pays en développement,

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier

Définitions

Aux fins du présent Protocole,

1. Par «Convention», on entend la Convention de Vienne pour la protection de la couche d'ozone, adoptée le 22 mars 1985.
2. Par «Parties», on entend les Parties au présent Protocole, sauf si le contexte impose une autre interprétation.
3. Par «secrétariat», on entend le secrétariat de la Convention.
4. Par «substance réglementée», on entend une substance figurant à l'annexe A au présent Protocole, qu'elle se présente isolément ou dans un mélange. La définition exclut cependant toute substance de cette nature si elle se trouve dans un produit manufacturé autre qu'un contenant servant au transport ou au stockage de la substance figurant à l'annexe.
5. Par «production», on entend la quantité de substances réglementées produites, déduction faite de la quantité détruite au moyen de techniques qui seront approuvées par les Parties.
6. Par «consommation», on entend la production augmentée des importations, déduction faite des exportations de substances réglementées.
7. Par «niveaux calculés» de la production, des importations, des exportations et de la consommation, on entend les niveaux déterminés conformément à l'article 3.
8. Par «rationalisation industrielle», on entend le transfert de tout ou partie du niveau calculé de production d'une Partie à une autre en vue d'optimiser le rendement économique ou de répondre à des besoins prévus en cas d'insuffisances de l'approvisionnement résultant de fermetures d'entreprises.

Article 2

Mesures de réglementation

1. Pendant la période de douze mois commençant le premier jour du septième mois qui suit la date d'entrée en vigueur du présent Protocole et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A n'excède

angesichts der Bedeutung der Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung in Wissenschaft und Technik im Zusammenhang mit der Regelung und Verminderung der Emissionen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wobei die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Übereinkommen" das am 22. März 1985 angenommene Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht;
2. bedeutet „Vertragsparteien" die Vertragsparteien des Protokolls, sofern sich aus dem Wortlaut nichts anderes ergibt;
3. bedeutet „Sekretariat" das Sekretariat des Übereinkommens;
4. bedeutet „geregelter Stoff" einen in Anlage A zu dem Protokoll aufgeführten Stoff, gleichviel ob er allein oder in einem Gemisch vorkommt. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht einen solchen Stoff oder ein solches Gemisch, soweit sie in einem hergestellten Erzeugnis mit Ausnahme von Behältern für den Transport oder die Lagerung der aufgeführten Stoffe enthalten sind;
5. bedeutet „Produktion" die Menge der erzeugten geregelten Stoffe abzüglich der Menge, die durch von den Vertragsparteien zu genehmigende Verfahren vernichtet worden ist;
6. bedeutet „Verbrauch" die Produktion geregelter Stoffe zuzüglich der Einfuhren und abzüglich der Ausfuhren;
7. bedeutet „berechneter Umfang" der Produktion, der Einfuhren, der Ausfuhren und des Verbrauchs den in Übereinstimmung mit Artikel 3 bestimmten Umfang;
8. bedeutet „industrielle Rationalisierung" die Übertragung des gesamten oder eines Teiles des berechneten Umfangs der Produktion von einer Vertragspartei auf eine andere, um Wirtschaftlichkeit zu erreichen oder auf erwartete Versorgungsmängel aufgrund von Betriebsschließungen zu reagieren.

Artikel 2

Regelungsmaßnahmen

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am ersten Tag des siebten Monats nach Inkrafttreten dieses Protokolls beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Am

sumption in 1986. By the end of the same period, each Party producing one or more of these substances shall ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed its calculated level of production in 1986, except that such level may have increased by no more than ten per cent based on the 1986 level. Such increase shall be permitted only so as to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under Article 5 and for the purposes of industrial rationalization between Parties.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on the first day of the thirty-seventh month following the date of the entry into force of this Protocol, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances listed in Group II of Annex A does not exceed its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed its calculated level of production in 1986, except that such level may have increased by no more than ten per cent based on the 1986 level. Such increase shall be permitted only so as to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under Article 5 and for the purposes of industrial rationalization between Parties. The mechanisms for implementing these measures shall be decided by the Parties at their first meeting following the first scientific review.

3. Each Party shall ensure that for the period 1 July 1993 to 30 June 1994 and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed, annually, eighty per cent of its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, eighty per cent of its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under Article 5 and for the purposes of industrial rationalization between Parties, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1986.

4. Each Party shall ensure that for the period 1 July 1998 to 30 June 1999, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of

pas son niveau calculé de consommation de 1986. A la fin de la même période, chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas son niveau calculé de production de 1986; toutefois, ce niveau peut avoir augmenté d'un maximum de 10% par rapport aux niveaux de 1986. Ces augmentations ne sont autorisées que pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées à l'article 5 et à des fins de rationalisation industrielle entre les Parties.

2. Pendant la période de douze mois commençant le premier jour du trente-septième mois qui suit la date d'entrée en vigueur du présent Protocole et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe II de l'annexe A n'excède pas son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que son niveau calculé de production desdites substances n'excède pas son niveau calculé de production de 1986; toutefois, elle peut accroître sa production d'un maximum de 10% par rapport au niveau de 1986. Cette augmentation n'est autorisée que pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées à l'article 5 et à des fins de rationalisation industrielle entre les Parties. Les mécanismes d'application des présentes mesures sont décidés par les Parties à leur première réunion suivant le premier examen scientifique.

3. Pendant la période comprise entre le 1er juillet 1993 et le 30 juin 1994 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A n'excède pas annuellement 80% de son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas annuellement 80% de son niveau calculé de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées à l'article 5 et à des fins de rationalisation industrielle entre les Parties, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 10% de son niveau calculé de production de 1986.

4. Pendant la période comprise entre le 1er juillet 1998 et le 30 juin 1999 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A n'excède pas annuellement 50% de son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'ex-

Ende desselben Zeitraums sorgt jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion der Stoffe denjenigen von 1986 nicht übersteigt; jedoch kann dieser Umfang gegenüber demjenigen von 1986 um höchstens 10 v. H. zugenommen haben. Eine solche Zunahme ist nur zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 bezeichneten Vertragsparteien und zum Zweck der industriellen Rationalisierung zwischen den Vertragsparteien zulässig.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am ersten Tag des siebenunddreißigsten Monats nach Inkrafttreten des Protokolls beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion der Stoffe denjenigen von 1986 nicht übersteigt; jedoch kann dieser Umfang gegenüber demjenigen von 1986 um höchstens 10 v. H. zugenommen haben. Eine solche Zunahme ist nur zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 bezeichneten Vertragsparteien und zum Zweck der industriellen Rationalisierung zwischen den Vertragsparteien zulässig. Die Verfahren zur Durchführung dieser Maßnahmen werden von den Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung nach der ersten wissenschaftlichen Überprüfung beschlossen.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums vom 1. Juli 1993 bis zum 30. Juni 1994 und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A jährlich 80 v. H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 80 v. H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 bezeichneten Vertragsparteien und zum Zweck der industriellen Rationalisierung zwischen den Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums vom 1. Juli 1998 bis zum 30. Juni 1999 und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A jährlich 50 v. H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 50 v. H. desjenigen von 1986

production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under Article 5 and for the purposes of industrial rationalization between Parties, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1986. This paragraph will apply unless the Parties decide otherwise at a meeting by a two-thirds majority of Parties present and voting, representing at least two-thirds of the total calculated level of consumption of these substances of the Parties. This decision shall be considered and made in the light of the assessments referred to in Article 6.

5. Any Party whose calculated level of production in 1986 of the controlled substances in Group I of Annex A was less than twenty-five kilotonnes may, for the purposes of industrial rationalization, transfer to or receive from any other Party, production in excess of the limits set out in paragraphs 1, 3 and 4 provided that the total combined calculated levels of production of the Parties concerned does not exceed the production limits set out in this Article. Any transfer of such production shall be notified to the secretariat, no later than the time of the transfer.

6. Any Party not operating under Article 5, that has facilities for the production of controlled substances under construction, or contracted for, prior to 16 September 1987, and provided for in national legislation prior to 1 January 1987, may add the production from such facilities to its 1986 production of such substances for the purposes of determining its calculated level of production for 1986, provided that such facilities are completed by 31 December 1990 and that such production does not raise that Party's annual calculated level of consumption of the controlled substances above 0.5 kilograms per capita.

7. Any transfer of production pursuant to paragraph 5 or any addition of production pursuant to paragraph 6 shall be notified to the secretariat, no later than the time of the transfer or addition.

8. (a) Any Parties which are Member States of a regional economic integration organization as defined in Article 1 (6) of the Convention may agree that they shall jointly fulfil their obligations respecting consumption under this Article provided that their total combined calculated level of consumption does not exceed the levels required by this Article.

cède pas annuellement 50% de son niveau calculé de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées à l'article 5 et à des fins de rationalisation industrielle entre les Parties, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de 15% de son niveau calculé de production de 1986. Les dispositions du présent paragraphe s'appliquent, sauf décision contraire des Parties, prise en réunion à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes représentant au moins les deux tiers du niveau calculé total de consommation des Parties pour ces substances. Cette décision est examinée et prise compte tenu des évaluations visées à l'article 6.

5. Toute Partie dont le niveau calculé de production de 1986 pour les substances réglementées du Groupe I de l'annexe A était inférieur à 25 kilotonnes peut, à des fins de rationalisation industrielle, transférer à toute autre Partie, ou recevoir de toute autre Partie, l'excédent de production par rapport aux limites fixées aux paragraphes 1, 3 et 4 à condition que le total combiné des niveaux calculés de production des Parties en cause n'excède pas les limites de production fixées dans le présent article. En pareil cas, le secrétariat est avisé, au plus tard à la date du transfert, de tout transfert de production.

6. Si une Partie qui ne relève pas de l'article 5 a commencé, avant le 16 septembre 1987, la construction d'installations de production de substances réglementées ou si elle a, avant cette date, passé des marchés en vue de leur construction et si cette construction était prévue dans la législation nationale avant le 1er janvier 1987, cette Partie peut ajouter la production de ces installations à sa production de ces substances en 1986 en vue de déterminer son niveau de production de 1986, à condition que la construction desdites installations soit achevée au 31 décembre 1990 et que ladite production n'augmente pas de plus de 0,5 kg par habitant le niveau calculé de consommation annuelle de ladite Partie en ce qui concerne les substances réglementées.

7. Tout transfert de production en vertu du paragraphe 5 ou toute addition à la production en vertu du paragraphe 6 est notifié au secrétariat au plus tard à la date du transfert ou de l'addition.

8. a) Toutes les Parties qui sont des Etats membres d'une organisation régionale d'intégration économique selon la définition du paragraphe 6 de l'article 1 de la Convention peuvent convenir qu'elles rempliront conjointement leurs obligations relatives à la consommation aux termes du présent article à condition que leur niveau calculé total combiné de consommation n'excède pas les niveaux exigés par le présent article.

nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 bezeichneten Vertragsparteien und zum Zweck der industriellen Rationalisierung zwischen den Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1986 übersteigen. Dieser Absatz findet Anwendung, sofern nicht die Vertragsparteien auf einer Tagung mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien, die mindestens zwei Drittel des gesamten berechneten Umfangs des Verbrauchs der Vertragsparteien an diesen Stoffen vertritt, etwas anderes beschließen. Dieser Beschluß wird im Licht der in Artikel 6 vorgesehenen Bewertungen beraten und gefaßt.

(5) Jede Vertragspartei, deren berechneter Umfang der Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A 1986 unter 25 Kilotonnen lag, kann zum Zweck der industriellen Rationalisierung eine über die in den Absätzen 1, 3 und 4 festgelegten Grenzen hinausgehende Produktion auf jede andere Vertragspartei übertragen oder von jeder anderen Vertragspartei erhalten, sofern der gesamte berechnete Umfang der zusammengefaßten Produktion der betreffenden Vertragsparteien die in diesem Artikel festgelegten Produktionsgrenzen nicht übersteigt. Jede Übertragung einer solchen Produktion wird dem Sekretariat spätestens zum Zeitpunkt der Übertragung notifiziert.

(6) Jede nicht von Artikel 5 erfaßte Vertragspartei, die vor dem 16. September 1987 mit dem Bau von Anlagen zur Herstellung geregelter Stoffe begonnen oder den Auftrag dafür erteilt und vor dem 1. Januar 1987 innerstaatliche Rechtsvorschriften dafür verabschiedet hat, kann die Produktion aus solchen Anlagen zu ihrer Produktion von 1986 hinzufügen, um den berechneten Umfang ihrer Produktion für 1986 zu bestimmen, vorausgesetzt, daß diese Anlagen bis zum 31. Dezember 1990 fertiggestellt sind und die Produktion den jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs dieser Vertragspartei an geregelten Stoffen nicht über 0,5 kg pro Kopf steigen läßt.

(7) Jede Übertragung von Produktion nach Absatz 5 oder jede Hinzufügung von Produktion nach Absatz 6 wird dem Sekretariat spätestens zum Zeitpunkt der Übertragung oder der Hinzufügung notifiziert.

(8) a) Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration im Sinne des Artikels 1 Absatz 6 des Übereinkommens sind, können vereinbaren, daß sie ihre Verpflichtungen bezüglich des Verbrauchs aufgrund dieses Artikels gemeinsam erfüllen werden; jedoch darf der gesamte berechnete Umfang ihres zusammengefaßten Verbrauchs den in diesem Artikel vorgeschriebenen Umfang nicht übersteigen.

(b) The Parties to any such agreement shall inform the secretariat of the terms of the agreement before the date of the reduction in consumption with which the agreement is concerned.

(c) Such agreement will become operative only if all Member States of the regional economic integration organization and the organization concerned are Parties to the Protocol and have notified the secretariat of their manner of implementation.

9. (a) Based on the assessments made pursuant to Article 6, the Parties may decide whether:

(i) adjustments to the ozone depleting potentials specified in Annex A should be made and, if so, what the adjustments should be; and

(ii) further adjustments and reductions of production or consumption of the controlled substances from 1986 levels should be undertaken and, if so, what the scope, amount and timing of any such adjustments and reductions should be.

(b) Proposals for such adjustments shall be communicated to the Parties by the secretariat at least six months before the meeting of the Parties at which they are proposed for adoption.

(c) In taking such decisions, the Parties shall make every effort to reach agreement by consensus. If all efforts at consensus have been exhausted, and no agreement reached, such decisions shall, as a last resort, be adopted by a two-thirds majority vote of the Parties present and voting representing at least fifty per cent of the total consumption of the controlled substances of the Parties.

(d) The decisions, which shall be binding on all Parties, shall forthwith be communicated to the Parties by the Depositary. Unless otherwise provided in the decisions, they shall enter into force on the expiry of six months from the date of the circulation of the communication by the Depositary.

10. (a) Based on the assessments made pursuant to Article 6 of this

b) Les Parties à un tel accord informent le secrétariat des termes de cet accord avant la date de la réduction de consommation qui fait l'objet dudit accord.

c) Un tel accord n'entre en vigueur que si tous les Etats membres de l'organisation régionale d'intégration économique et l'organisation en cause elle-même sont Parties au Protocole et ont avisé le secrétariat de leur méthode de mise en œuvre.

9. a) Se fondant sur les évaluations faites en application de l'article 6, les Parties peuvent décider:

i) s'il y a lieu d'ajuster les valeurs calculées du potentiel d'appauvrissement de l'ozone énoncées à l'annexe A et, dans l'affirmative, quels devraient être les ajustements à apporter;

ii) s'il y a lieu d'appliquer d'autres ajustements et réductions des niveaux de production ou de consommation des substances réglementées par rapport aux niveaux de 1986 et, dans l'affirmative, déterminer quels devraient être la portée, la valeur et le calendrier de ces divers ajustements et réductions.

b) Le secrétariat communique aux Parties les propositions visant ces ajustements au moins six mois avant la réunion des Parties à laquelle lesdites propositions seront présentées pour adoption.

c) Les Parties mettent tout en œuvre pour prendre des décisions par consensus. Si, malgré tous leurs efforts, elles ne peuvent parvenir à un consensus et à un accord, les Parties prennent en dernier recours leurs décisions à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes représentant au moins 50% de la consommation totale par les Parties des substances réglementées.

d) Les décisions lient toutes les Parties et sont communiquées sans délai aux Parties par le dépositaire. Sauf indication contraire dans leur libellé, les décisions entrent en vigueur au bout d'un délai de six mois à compter de la date de leur communication par le dépositaire.

10. a) Se fondant sur les évaluations faites en application de l'article 6

b) Die Vertragsparteien einer solchen Vereinbarung unterrichten das Sekretariat vor dem Tag der Verminderung des Verbrauchs, die Gegenstand der Vereinbarung ist, über die Bedingungen der Vereinbarung.

c) Eine solche Vereinbarung tritt nur in Kraft, wenn alle Mitgliedstaaten der Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration und die betreffende Organisation Vertragsparteien des Protokolls sind und dem Sekretariat die Art der Durchführung notifiziert haben.

(9) a) Auf der Grundlage der Bewertungen nach Artikel 6 können die Vertragsparteien beschließen,

i) ob Anpassungen der Ozonabbaupotentiale in Anlage A vorgenommen werden sollen, und wenn ja, welche, und

ii) ob weitere Anpassungen und Verminderungen der Produktion oder des Verbrauchs der geregelten Stoffe gegenüber dem Umfang von 1986 vorgenommen werden sollen, und wenn ja, welcher Rahmen, welche Höhe und welcher Zeitplan für solche Anpassungen und Verminderungen gelten sollen.

b) Vorschläge zu solchen Anpassungen werden den Vertragsparteien mindestens sechs Monate vor der Tagung der Vertragsparteien, auf der sie zur Beschlußfassung vorgeschlagen werden, vom Sekretariat übermittelt.

c) Bei solchen Beschlüssen bemühen sich die Vertragsparteien nach Kräften um eine Einigung durch Konsens. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so werden als letztes Mittel solche Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen, die mindestens 50 v. H. des gesamten Verbrauchs der Vertragsparteien an geregelten Stoffen vertritt.

d) Die Beschlüsse, die für alle Vertragsparteien bindend sind, werden umgehend vom Verwahrer den Vertragsparteien mitgeteilt. Sofern in den Beschlüssen nichts anderes vorgesehen ist, treten sie nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Absendung der Mitteilung durch den Verwahrer in Kraft.

(10) a) Auf der Grundlage der Bewertungen nach Artikel 6 des Proto-

Protocol and in accordance with the procedure set out in Article 9 of the Convention, the Parties may decide:

(i) whether any substances, and if so which, should be added to or removed from any annex to this Protocol; and

(ii) the mechanism, scope and timing of the control measures that should apply to those substances;

(b) Any such decision shall become effective, provided that it has been accepted by a two-thirds majority vote of the Parties present and voting.

11. Notwithstanding the provisions contained in this Article, Parties may take more stringent measures than those required by this Article.

Article 3

Calculation of Control Levels

For the purposes of Articles 2 and 5, each Party shall, for each Group of substances in Annex A, determine its calculated levels of:

(a) production by:

(i) multiplying its annual production of each controlled substance by the ozone depleting potential specified in respect of it in Annex A; and

(ii) adding together, for each such Group, the resulting figures;

(b) imports and exports, respectively, by following, mutatis mutandis, the procedure set out in subparagraph (a); and

(c) consumption by adding together its calculated levels of production and imports and subtracting its calculated level of exports as determined in accordance with subparagraphs (a) and (b). However, beginning on 1 January 1993, any export of controlled substances to non-Parties shall not be subtracted in calculating the consumption level of the exporting Party.

Article 4

Control of Trade with Non-Parties

1. Within one year of the entry into force of this Protocol, each Party shall ban the import of controlled substances from any State not party to this Protocol.

du présent Protocole et conformément à la procédure établie à l'article 9 de la Convention, les Parties peuvent décider:

i) si certaines substances doivent être ajoutées à toute annexe du présent Protocole ou en être retranchées et, le cas échéant, de quelles substances il s'agit;

ii) du mécanisme, de la portée et du calendrier d'application des mesures de réglementation qui devraient toucher ces substances.

b) Toute décision de ce genre entre en vigueur, à la condition qu'elle soit approuvée à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes.

11. Nonobstant les dispositions du présent article, les Parties peuvent prendre des mesures plus rigoureuses que celles qu'il prescrit.

Article 3

Calcul des niveaux des substances réglementées

Aux fins des articles 2 et 5, chacune des Parties détermine, pour chaque groupe de substances de l'annexe A, les niveaux calculés:

a) de sa production:

i) en multipliant la quantité annuelle de chacune des substances réglementées qu'elle produit par le potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone spécifié à l'annexe A pour cette substance;

ii) en additionnant les résultats pour chacun de ces groupes;

b) de ses importations et exportations en suivant, mutatis mutandis, la procédure définie au paragraphe a);

c) de sa consommation, en additionnant les niveaux calculés de sa production et de ses importations et en soustrayant le niveau calculé de ses exportations, déterminé conformément aux paragraphes a) et b). Toutefois, à compter du 1[er] janvier 1993, aucune exportation de substances réglementées vers des Etats qui ne sont pas Parties ne sera soustraite dans le calcul du niveau de consommation de la Partie exportatrice.

Article 4

Réglementation des échanges commerciaux avec les Etats non Parties au Protocole

1. Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, chacune des Parties interdit l'importation de substances réglementées en provenance de tout Etat qui n'est pas Partie au présent Protocole.

kolls und in Übereinstimmung mit dem in Artikel 9 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren können die Vertragsparteien beschließen,

i) ob irgendwelche Stoffe und gegebenenfalls welche Stoffe in eine Anlage des Protokolls aufgenommen oder in einer Anlage gestrichen werden sollen,

ii) welches Verfahren, welcher Rahmen und welcher Zeitplan für Regelungsmaßnahmen für diese Stoffe gelten sollen.

b) Jeder solche Beschluß tritt in Kraft, sofern er mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien angenommen worden ist.

(11) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Artikels kann jede Vertragspartei strengere Maßnahmen als in diesem Artikel vorgeschrieben treffen.

Artikel 3

Berechnung der Grundlagen für Regelungen

Für die Zwecke der Artikel 2 und 5 bestimmt jede Vertragspartei für jede Gruppe von Stoffen in Anlage A den berechneten Umfang

a) ihrer Produktion durch

i) Multiplikation der jährlichen Produktion jedes geregelten Stoffes mit dem in Anlage A für diesen Stoff festgelegten Ozonabbaupotential und

ii) Addition der Ergebnisse für jede Gruppe;

b) ihrer Einfuhren und Ausfuhren durch sinngemäße Anwendung des unter Buchstabe a vorgesehenen Verfahrens;

c) ihres Verbrauchs durch Addition des berechneten Umfangs ihrer Produktion und ihrer Einfuhren und Subtraktion des berechneten Umfangs ihrer Ausfuhren, bestimmt nach den Buchstaben a und b. Vom 1. Januar 1993 an werden jedoch Ausfuhren geregelter Stoffe an Nichtvertragsparteien bei der Berechnung des Umfangs des Verbrauchs der ausführenden Vertragspartei nicht abgezogen.

Artikel 4

Regelung des Handels mit Nichtvertragsparteien

(1) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Protokolls verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr geregelter Stoffe aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

2. Beginning on 1 January 1993, no Party operating under paragraph 1 of Article 5 may export any controlled substance to any State not party to this Protocol.

3. Within three years of the date of the entry into force of this Protocol, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of products containing controlled substances. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

4. Within five years of the entry into force of this Protocol, the Parties shall determine the feasibility of banning or restricting, from States not party to this Protocol, the import of products produced with, but not containing, controlled substances. If determined feasible, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of such products. Parties that have not objected to it in accordance with those procedures shall ban or restrict, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

5. Each Party shall discourage the export, to any State not party to this Protocol, of technology for producing and for utilizing controlled substances.

6. Each Party shall refrain from providing new subsidies, aid, credits, guarantees or insurance programmes for the export to States not party to this Protocol of products, equipment, plants or technology that would facilitate the production of controlled substances.

7. Paragraphs 5 and 6 shall not apply to products, equipment, plants or technology that improve the containment, recovery, recycling or destruction of controlled substances, promote the development of alternative substances, or otherwise contribute to the reduction of emissions of controlled substances.

8. Notwithstanding the provisions of this Article, imports referred to in paragraphs 1, 3 and 4 may be permitted from any State not party to this Protocol if that State is determined, by a meeting of the Parties, to be in full compliance with Article 2 and this Article, and has submitted data to that effect as specified in Article 7.

2. A compter du 1er janvier 1993, les Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 ne doivent plus exporter de substances réglementées vers les Etats qui ne sont pas Parties au présent Protocole.

3. Dans un délai de trois ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, les Parties établissent dans une annexe une liste des produits contenant des substances réglementées, conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées, conformément à ces procédures, interdisent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

4. Dans un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole, les Parties décident de la possibilité d'interdire ou de limiter les importations, à partir de tout Etat non Partie au présent Protocole, de produits fabriqués à l'aide de substances réglementées, mais qui ne contiennent pas de ces substances. Si cette possibilité est reconnue, les Parties établissent dans une annexe une liste desdits produits, en suivant les procédures de l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées, conformément à ces procédures, interdisent ou limitent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

5. Chacune des Parties décourage l'exportation de techniques de production ou d'utilisation de substances réglementées vers tout Etat non Partie au présent Protocole.

6. Chacune des Parties s'abstient de fournir subventions, aide, crédits, garanties ou programmes d'assurance supplémentaires pour l'exportation, vers les Etats non Parties au présent Protocole, de produits, d'équipements, d'installations ou de techniques de nature à faciliter la production de substances réglementées.

7. Les dispositions des paragraphes 5 et 6 ne s'appliquent pas aux produits, équipements, installations ou techniques qui servent à améliorer le confinement, la récupération, le recyclage ou la destruction des substances réglementées, à promouvoir la production de substances de substitution, ou à contribuer par d'autres moyens à la réduction des émissions de substances réglementées.

8. Nonobstant les dispositions du présent article, les importations visées aux paragraphes 1, 3 et 4 en provenance d'un Etat qui n'est pas Partie au présent Protocole peuvent être autorisées si les Parties déterminent en réunion que ledit Etat se conforme entièrement aux dispositions de l'article 2 et du présent article et si cet Etat a communiqué des renseignements à cet effet, comme il est prévu à l'article 7.

(2) Vom 1. Januar 1993 an darf keine der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien geregelte Stoffe in Staaten ausführen, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(3) Innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Protokolls erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste der Erzeugnisse, die geregelte Stoffe enthalten. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(4) Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Protokolls befinden die Vertragsparteien darüber, ob es durchführbar ist, die Einfuhr von Erzeugnissen, die mit geregelten Stoffen hergestellt werden, jedoch keine geregelten Stoffe enthalten, aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, zu verbieten oder zu beschränken. Wenn dies für durchführbar befunden wird, erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste solcher Erzeugnisse. Vertragsparteien, die dagegen nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten oder beschränken innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(5) Jede Vertragspartei wirkt der Ausfuhr von Technologie zur Herstellung und Verwendung geregelter Stoffe in Staaten entgegen, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(6) Jede Vertragspartei sieht davon ab, neue Subventionen, Hilfen, Kredite, Garantien oder Versicherungsprogramme für die Ausfuhr von Erzeugnissen, Ausrüstung, Anlagen oder Technologie, welche die Herstellung geregelter Stoffe erleichtern, in Staaten zur Verfügung zu stellen, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

(7) Die Absätze 5 und 6 gelten nicht für Erzeugnisse, Ausrüstung, Anlagen oder Technologie, welche die Einkapselung, Rückgewinnung, Verwertung oder Vernichtung geregelter Stoffe verbessern, die Entwicklung alternativer Stoffe fördern oder sonst zur Verminderung der Emissionen geregelter Stoffe beitragen.

(8) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Artikels können die in den Absätzen 1, 3 und 4 bezeichneten Einfuhren aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, erlaubt werden, wenn eine Tagung der Vertragsparteien feststellt, daß der betreffende Staat Artikel 2 und den vorliegenden Artikel voll einhält und diesbezügliche Daten nach Artikel 7 vorgelegt hat.

Article 5

Special Situation of Developing Countries

1. Any Party that is a developing country and whose annual calculated level of consumption of the controlled substances is less than 0.3 kilograms per capita on the date of the entry into force of the Protocol for it, or any time thereafter within ten years of the date of entry into force of the Protocol shall, in order to meet its basic domestic needs, be entitled to delay its compliance with the control measures set out in paragraphs 1 to 4 of Article 2 by ten years after that specified in those paragraphs. However, such Party shall not exceed an annual calculated level of consumption of 0.3 kilograms per capita. Any such Party shall be entitled to use either the average of its annual calculated level of consumption for the period 1995 to 1997 inclusive or a calculated level of consumption of 0.3 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for its compliance with the control measures.

2. The Parties undertake to facilitate access to environmentally safe alternative substances and technology for Parties that are developing countries and assist them to make expeditious use of such alternatives.

3. The Parties undertake to facilitate bilaterally or multilaterally the provision of subsidies, aid, credits, guarantees or insurance programmes to Parties that are developing countries for the use of alternative technology and for substitute products.

Article 5

Situation particulière des pays en développement

1. Pour pouvoir répondre à ses besoins intérieurs fondamentaux, toute Partie qui est un pays en développement et dont le niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées est inférieur à 0,3 kg par habitant à la date d'entrée en vigueur du Protocole en ce qui la concerne, ou à toute date ultérieure dans les dix ans suivant la date d'entrée en vigueur du Protocole, est autorisée à surseoir de dix ans, à compter de l'année spécifiée dans les paragraphes 1 à 4 de l'article 2, à l'observation des mesures de réglementation qui y sont énoncées. Toutefois, son niveau annuel calculé de consommation ne doit pas excéder 0,3 kg par habitant. Ladite Partie est autorisée à utiliser soit la moyenne de son niveau calculé annuel de consommation pour la période de 1995 à 1997 inclusivement, soit un niveau calculé de consommation de 0,3 kg par habitant, si ce dernier chiffre est le moins élevé des deux, comme base pour l'observation des mesures de réglementation.

2. Les Parties s'engagent à faciliter aux Parties qui sont des pays en développement l'accès à des substances et à des techniques de substitution non nuisibles à l'environnement, et à les aider à utiliser au plus vite ces substances et techniques.

3. Les Parties s'engagent à faciliter, par voies bilatérales ou multilatérales, l'octroi de subventions, d'aide, de crédits, de garanties ou de programmes d'assurance aux Parties qui sont des pays en développement afin qu'elles puissent recourir à d'autres techniques et à des produits de substitution.

Artikel 5

Besondere Lage der Entwicklungsländer

(1) Jede Vertragspartei, die ein Entwicklungsland ist und deren jährlicher berechneter Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe am Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls für diese Vertragspartei oder zu irgendeiner Zeit danach innerhalb von zehn Jahren ab Inkrafttreten des Protokolls unter 0,3 kg pro Kopf liegt, kann die Erfüllung der in Artikel 2 Absätze 1 bis 4 vorgesehenen Regelungsmaßnahmen gegenüber den in jenen Absätzen angegebenen Zeiträumen um zehn Jahre verschieben, um ihre grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu dekken. Solche Vertragsparteien dürfen jedoch einen jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs von 0,3 kg pro Kopf nicht überschreiten. Jede solche Vertragspartei hat das Recht, entweder den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs von 1995 bis 1997 oder einen berechneten Umfang des Verbrauchs von 0,3 kg pro Kopf als Grundlage für die Einhaltung der Regelungsmaßnahmen zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, den Zugang zu umweltverträglichen alternativen Stoffen und Technologien zu erleichtern und sie beim möglichst raschen Einsatz solcher Stoffe und Technologien zu unterstützen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Bereitstellung von Subventionen, Hilfen, Krediten, Garantien oder Versicherungsprogrammen für Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, für den Einsatz alternativer Technologien und von Ersatzerzeugnissen bilateral oder multilateral zu erleichtern.

Article 6

Assessment and Review of Control Measures

Beginning in 1990, and at least every four years thereafter, the Parties shall assess the control measures provided for in Article 2 on the basis of available scientific, environmental, technical and economic information. At least one year before each assessment, the Parties shall convene appropriate panels of experts qualified in the fields mentioned and determine the composition and terms of reference of any such panels. Within one year of being convened, the panels will report their conclusions, through the secretariat, to the Parties.

Article 6

Evaluation et examen des mesures de réglementation

A compter de 1990, et au moins tous les quatre ans par la suite, les Parties déterminent l'efficacité des mesures de réglementation énoncées à l'article 2, en se fondant sur les données scientifiques, environnementales, techniques et économiques dont elles disposent. Un an au moins avant chaque évaluation, les Parties réunissent les groupes nécessaires d'experts qualifiés dans les domaines mentionnés, dont elles déterminent la composition et le mandat. Dans un délai d'un an à compter de la date de leur création, lesdits groupes communiquent leurs conclusions aux Parties, par l'intermédiaire du secrétariat.

Artikel 6

Bewertung und Überprüfung der Regelungsmaßnahmen

Erstmalig 1990 und danach mindestens alle vier Jahre bewerten die Vertragsparteien die in Artikel 2 vorgesehenen Regelungsmaßnahmen auf der Grundlage verfügbarer wissenschaftlicher, umweltbezogener, technischer und wirtschaftlicher Informationen. Mindestens ein Jahr vor jeder Bewertung berufen die Vertragsparteien geeignete Gruppen von Sachverständigen ein, die auf den genannten Gebieten fachlich befähigt sind, und bestimmen die Zusammensetzung und die Aufgaben dieser Gruppen. Innerhalb eines Jahres nach der Einberufung teilen die Gruppen den Vertragsparteien über das Sekretariat ihre Schlußfolgerungen mit.

Article 7

Reporting of Data

1. Each Party shall provide to the secretariat, within three months of becoming a Party, statistical data on its production, imports and exports of each of the controlled

Article 7

Communication des données

1. Chaque Partie communique au secrétariat, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle a adhéré au Protocole, des données statistiques concernant

Artikel 7

Datenberichterstattung

(1) Jede Vertragspartei stellt dem Sekretariat innerhalb von drei Monaten nach dem Tag, an dem sie Vertragspartei wird, statistische Daten über ihre Produktion, ihre Ein-

substances for the year 1986, or the best possible estimates of such data where actual data are not available.

2. Each Party shall provide statistical data to the secretariat on its annual production (with separate data on amounts destroyed by technologies to be approved by the Parties), imports, and exports to Parties and non-Parties, respectively, of such substances for the year during which it becomes a Party and for each year thereafter. It shall forward the data no later than nine months after the end of the year to which the data relate.

Article 8

Non-Compliance

The Parties, at their first meeting, shall consider and approve procedures and institutional mechanisms for determining non-compliance with the provisions of this Protocol and for treatment of Parties found to be in non-compliance.

Article 9

Research, Development, Public Awareness and Exchange of Information

1. The Parties shall co-operate, consistent with their national laws, regulations and practices and taking into account in particular the needs of developing countries, in promoting, directly or through competent international bodies, research, development and exchange of information on:

(a) best technologies for improving the containment, recovery, recycling or destruction of controlled substances or otherwise reducing their emissions;

(b) possible alternatives to controlled substances, to products containing such substances, and to products manufactured with them; and

(c) costs and benefits of relevant control strategies.

2. The Parties, individually, jointly or through competent international bodies, shall co-operate in promoting public awareness of the environmental effects of the emissions of controlled substances and other substances that deplete the ozone layer.

3. Within two years of the entry into force of this Protocol and every two years thereafter, each Party shall submit to the secretariat a summary of the activities it has conducted pursuant to this Article.

sa production, ses importations et ses exportations de chacune des substances réglementées pour l'année 1986, ou les meilleures estimations possibles lorsque les données proprement dites font défaut.

2. Chaque Partie communique au secrétariat des données statistiques sur sa production annuelle (les quantités détruites par des techniques qui seront approuvées par les Parties faisant l'objet de données distinctes), ses importations et ses exportations de ces substances à des destinations respectivement Parties et non Parties pour l'année au cours de laquelle elle est devenue Partie et pour chacune des années suivantes. Elle communique ces données dans un délai maximal de neuf mois suivant la fin de l'année à laquelle se rapportent les données.

Article 8

Non-conformité

A leur première réunion, les Parties examinent et approuvent des procédures et des mécanismes institutionnels pour déterminer la non-conformité avec les dispositions du présent Protocole et les mesures à prendre à l'égard des Parties contrevenantes.

Article 9

Recherche, développement, sensibilisation du public et échange de renseignements

1. Les Parties collaborent, conformément à leurs propres lois, réglementations et pratiques et compte tenu en particulier des besoins des pays en développement, pour promouvoir, directement et par l'intermédiaire des organismes internationaux compétents, des activités de recherche-développement et l'échange de renseignements sur:

a) les techniques les plus propres à améliorer le confinement, la récupération, le recyclage ou la destruction des substances réglementées ou à réduire par d'autres moyens les émissions de ces substances;

b) les produits qui pourraient se substituer aux substances réglementées, aux produits qui contiennent de ces substances et aux produits fabriqués à l'aide de ces substances;

c) les coûts et avantages des stratégies de réglementation pertinentes.

2. Les Parties, individuellement, conjointement, ou par l'intermédiaire des organismes internationaux compétents, collaborent afin de favoriser la sensibilisation du public aux effets sur l'environnement des émissions de substances réglementées et d'autres substances qui appauvrissent la couche d'ozone.

3. Dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur du présent Protocole, et ensuite tous les deux ans, chaque Partie remet au secrétariat un résumé des activités qu'elle a menées en application du présent article.

führen und ihre Ausfuhren jedes der geregelten Stoffe für das Jahr 1986 oder, wenn tatsächliche Daten nicht vorliegen, bestmögliche Schätzungen solcher Daten zur Verfügung.

(2) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat für das Jahr, in dem sie Vertragspartei wird, und für jedes darauffolgende Jahr statistische Daten über ihre jährliche Produktion (mit gesondert ausgewiesenen Daten über Mengen, die durch von den Vertragsparteien zu genehmigende Verfahren vernichtet werden), Einfuhren und Ausfuhren solcher Stoffe an Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien. Die Daten werden spätestens neun Monate nach Ablauf des Jahres übermittelt, auf das sie sich beziehen.

Artikel 8

Nichteinhaltung

Die Vertragsparteien beraten und genehmigen auf ihrer ersten Tagung Verfahren und institutionelle Mechanismen für die Feststellung der Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Protokolls und das Vorgehen gegenüber Vertragsparteien, die das Protokoll nicht einhalten.

Artikel 9

Forschung, Entwicklung, öffentliches Bewußtsein und Informationsaustausch

(1) Die Vertragsparteien arbeiten im Einklang mit ihren innerstaatlichen Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten und unter Berücksichtigung insbesondere der Bedürfnisse der Entwicklungsländer zusammen, um unmittelbar oder über zuständige internationale Stellen Forschung, Entwicklung und Informationsaustausch in folgenden Bereichen zu fördern:

a) geeignetste Technologien zur Verbesserung der Einkapselung, Rückgewinnung, Verwertung oder Vernichtung geregelter Stoffe oder zur sonstigen Verminderung der Emissionen solcher Stoffe;

b) mögliche Alternativen für geregelte Stoffe, für Erzeugnisse, die solche Stoffe enthalten, und für Erzeugnisse, die mit solchen Stoffen hergestellt werden;

c) Kosten und Nutzen einschlägiger Regelungsstrategien.

(2) Die Vertragsparteien arbeiten einzeln, gemeinsam oder über zuständige internationale Stellen zusammen bei der Förderung des öffentlichen Bewußtseins über die Auswirkungen der Emissionen geregelter und anderer zu einem Abbau der Ozonschicht führender Stoffe auf die Umwelt.

(3) Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Protokolls und danach alle zwei Jahre legt jede Vertragspartei dem Sekretariat eine Zusammenfassung der nach diesem Artikel durchgeführten Tätigkeiten vor.

Article 10

Technical Assistance

1. The Parties shall, in the context of the provisions of Article 4 of the Convention, and taking into account in particular the needs of developing countries, co-operate in promoting technical assistance to facilitate participation in and implementation of this Protocol.

2. Any Party or Signatory to this Protocol may submit a request to the secretariat for technical assistance for the purposes of implementing or participating in the Protocol.

3. The Parties, at their first meeting, shall begin deliberations on the means of fulfilling the obligations set out in Article 9, and paragraphs 1 and 2 of this Article, including the preparation of workplans. Such workplans shall pay special attention to the needs and circumstances of the developing countries. States and regional economic integration organizations not party to the Protocol should be encouraged to participate in activities specified in such workplans.

Article 10

Assistance technique

1. Dans le cadre des dispositions de l'article 4 de la Convention, les Parties coopèrent à la promotion de l'assistance technique destinée à faciliter l'adhésion au présent Protocole et son application, compte tenu notamment des besoins des pays en développement.

2. Toute Partie au présent Protocole ou tout signataire du présent Protocole peut présenter au secrétariat une demande d'assistance technique pour en appliquer les dispositions ou pour y participer.

3. A leur première réunion, les Parties entreprennent de débattre des moyens permettant de s'acquitter des obligations énoncées à l'article 9 et aux paragraphes 1 et 2 du présent article, y compris la préparation de plans de travail. Ces plans de travail tiendront particulièrement compte des besoins et des réalités des pays en développement. Les pays et les organisations régionales d'intégration économique qui ne sont pas Parties au Protocole devraient être encouragés à prendre part aux activités spécifiées dans les plans de travail.

Artikel 10

Technische Unterstützung

(1) Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen des Artikels 4 des Übereinkommens und unter Berücksichtigung insbesondere der Bedürfnisse der Entwicklungsländer bei der Förderung technischer Unterstützung zur Erleichterung der Beteiligung an diesem Protokoll und seiner Durchführung zusammen.

(2) Jede Vertragspartei oder jeder Unterzeichner des Protokolls kann beim Sekretariat technische Unterstützung zum Zweck der Durchführung des Protokolls oder der Beteiligung daran beantragen.

(3) Die Vertragsparteien beginnen auf ihrer ersten Tagung mit den Beratungen über die Mittel zur Erfüllung der Verpflichtungen nach Artikel 9 und den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels einschließlich der Ausarbeitung von Arbeitsplänen. Diese Arbeitspläne berücksichtigen insbesondere die Bedürfnisse und Gegebenheiten der Entwicklungsländer. Staaten sowie Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, sollen ermutigt werden, sich an den in solchen Arbeitsplänen vorgesehenen Tätigkeiten zu beteiligen.

Article 11

Meetings of the Parties

1. The Parties shall hold meetings at regular intervals. The secretariat shall convene the first meeting of the Parties not later than one year after the date of the entry into force of this Protocol and in conjunction with a meeting of the Conference of the Parties to the Convention, if a meeting of the latter is scheduled within that period.

2. Subsequent ordinary meetings of the Parties shall be held, unless the Parties otherwise decide, in conjunction with meetings of the Conference of the Parties to the Convention. Extraordinary meetings of the Parties shall be held at such other times as may be deemed necessary by a meeting of the Parties, or at the written request of any Party, provided that, within six months of such a request being communicated to them by the secretariat, it is supported by at least one third of the Parties.

3. The Parties, at their first meeting, shall:

(a) adopt by consensus rules of procedure for their meetings;

(b) adopt by consensus the financial rules referred to in paragraph 2 of Article 13;

(c) establish the panels and determine the terms of reference referred to in Article 6;

(d) consider and approve the procedures and institutional mechanisms specified in Article 8; and

Article 11

Réunions des Parties

1. Les Parties tiennent des réunions à intervalle régulier. Le secrétariat convoque la première réunion des Parties un an au plus tard après l'entrée en vigueur du présent Protocole et à l'occasion d'une réunion de la Conférence des Parties á la Convention, si cette dernière réunion est prévue durant cette période.

2. Sauf si les Parties en décident autrement, leurs réunions ordinaires ultérieures se tiennent à l'occasion des réunions de la Conférence des Parties à la Convention. Les Parties tiennent des réunions extraordinaires à tout autre moment où une réunion des Parties le juge nécessaire ou à la demande écrite de l'une quelconque d'entre elles, sous réserve que la demande reçoive l'appui d'un tiers au moins des Parties dans les six mois qui suivent la date à laquelle elle leur est communiquée par le secrétariat.

3. A leur première réunion, les Parties:

a) adoptent par consensus le règlement intérieur de leurs réunions;

b) adoptent par consensus les règles financières dont il est question au paragraphe 2 de l'article 13;

c) instituent les groupes d'experts mentionnés à l'article 6 et précisent leur mandat;

d) examinent et approuvent les procédures et les mécanismes institutionnels spécifiés à l'article 8;

Artikel 11

Tagungen der Vertragsparteien

(1) Die Vertragsparteien halten in regelmäßigen Abständen Tagungen ab. Das Sekretariat beruft die erste Tagung der Vertragsparteien spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Protokolls in Verbindung mit einer Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens ein, wenn eine Tagung der Konferenz innerhalb dieses Zeitraums geplant ist.

(2) Spätere ordentliche Tagungen der Vertragsparteien finden, wenn die Vertragsparteien nichts anderes beschließen, in Verbindung mit Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens statt. Außerordentliche Tagungen der Vertragsparteien finden zu jeder anderen Zeit statt, wenn es die Tagung der Vertragsparteien für notwendig erachtet oder eine Vertragspartei schriftlich beantragt, sofern dieser Antrag innerhalb von sechs Monaten nach seiner Übermittlung durch das Sekretariat von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt wird.

(3) Auf ihrer ersten Tagung nehmen die Vertragsparteien folgende Aufgaben wahr:

a) Sie beschließen durch Konsens eine Geschäftsordnung für ihre Tagungen;

b) sie beschließen durch Konsens die in Artikel 13 Absatz 2 bezeichnete Finanzordnung;

c) sie setzen die in Artikel 6 bezeichneten Gruppen ein und bestimmen ihre Aufgaben;

d) sie beraten und beschließen die in Artikel 8 bezeichneten Verfahren und institutionellen Mechanismen;

(e) begin preparation of workplans pursuant to paragraph 3 of Article 10.

4. The functions of the meetings of the Parties shall be to:

(a) review the implementation of this Protocol;

(b) decide on any adjustments or reductions referred to in paragraph 9 of Article 2;

(c) decide on any addition to, insertion in or removal from any annex of substances and on related control measures in accordance with paragraph 10 of Article 2;

(d) establish, where necessary, guidelines or procedures for reporting of information as provided for in Article 7 and paragraph 3 of Article 9;

(e) review requests for technical assistance submitted pursuant to paragraph 2 of Article 10;

(f) review reports prepared by the secretariat pursuant to subparagraph (c) of Article 12;

(g) assess, in accordance with Article 6, the control measures provided for in Article 2;

(h) consider and adopt, as required, proposals for amendment of this Protocol or any annex and for any new annex;

(i) consider and adopt the budget for implementing this Protocol; and

(j) consider and undertake any additional action that may be required for the achievement of the purposes of this Protocol.

5. The United Nations, its specialized agencies and the International Atomic Energy Agency, as well as any State not party to this Protocol, may be represented at meetings of the Parties as observers. Any body or agency, whether national or international, governmental or non-governmental, qualified in fields relating to the protection of the ozone layer which has informed the seretariat of its wish to be represented at a meeting of the Parties as an observer may be admitted unless at least one third of the Parties present object. The admission and participation of observers shall be subject to the rules of procedure adopted by the Parties.

Article 12

Secretariat

For the purposes of this Protocol, the secretariat shall:

e) commencent à établir des plans de travail conformément au paragraphe 3 de l'article 10.

4. Les réunions des Parties ont pour objet les fonctions suivantes:

a) passer en revue l'application du présent Protocole;

b) décider des ajustements ou des réductions dont il est question au paragraphe 9 de l'article 2;

c) décider des substances à énumérer, à ajouter ou à retrancher dans les annexes, et des mesures de réglementation connexes conformément au paragraphe 10 de l'article 2;

d) établir, s'il y a lieu, des lignes directrices ou des procédures concernant la communication des informations en application de l'article 7 et du paragraphe 3 de l'article 9;

e) examiner les demandes d'assistance technique présentées en vertu du paragraphe 2 de l'article 10;

f) examiner les rapports établis par le secrétariat en application de l'alinéa c) de l'article 12;

g) évaluer, en application de l'article 6, les mesures de réglementation prévues à l'article 2;

h) examiner et adopter, selon les besoins, des propositions d'amendement du présent Protocole ou de l'une quelconque de ses annexes ou d'addition d'une nouvelle annexe;

i) examiner et adopter le budget pour l'application du présent Protocole;

j) examiner et prendre toute mesure supplémentaire qui peut être nécessaire pour atteindre les objectifs du présent Protocole.

5. L'Organisation des Nations Unies, ses institutions spécialisées et l'Agence internationale de l'énergie atomique, ainsi que tout Etat qui n'est pas Partie au présent Protocole, peuvent se faire représenter par des observateurs aux réunions des Parties. Tout organisme ou institution national ou international, gouvernemental ou non gouvernemental, qualifié dans les domaines liés à la protection de la couche d'ozone, qui a informé le secrétariat de son désir de se faire représenter en qualité d'observateur à une réunion des Parties, peut être admis à y prendre part sauf si un tiers au moins des Parties présentes s'y oppose. L'admission et la participation des observateurs sont subordonnées au respect du règlement intérieur adopté par les Parties.

Article 12

Secrétariat

Aux fins du présent Protocole, le secrétariat:

e) sie beginnen mit der Ausarbeitung der Arbeitspläne nach Artikel 10 Absatz 3.

(4) Die Tagungen der Vertragsparteien haben folgende Aufgaben:

a) Sie überprüfen die Durchführung des Protokolls;

b) sie beschließen Anpassungen und Verminderungen nach Artikel 2 Absatz 9;

c) sie beschließen die Aufnahme, Eingliederung oder Streichung von Stoffen in einer Anlage und die damit zusammenhängenden Regelungsmaßnahmen nach Artikel 2 Absatz 10;

d) sie legen erforderlichenfalls Leitlinien und Verfahren für die Bereitstellung von Informationen nach Artikel 7 und Artikel 9 Absatz 3 fest;

e) sie überprüfen nach Artikel 10 Absatz 2 vorgelegte Anträge auf technische Unterstützung;

f) sie überprüfen die vom Sekretariat nach Artikel 12 Buchstabe c ausgearbeiteten Berichte;

g) sie bewerten nach Artikel 6 die in Artikel 2 vorgesehenen Regelungsmaßnahmen;

h) sie beraten und beschließen nach Bedarf Änderungsvorschläge zu dem Protokoll oder einer Anlage oder Vorschläge für neue Anlagen;

i) sie beraten und beschließen den Haushalt für die Durchführung des Protokolls;

j) sie beraten und ergreifen weitere Maßnahmen, die zur Erreichung der Zwecke des Protokolls erforderlich sind.

(5) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie jeder Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, können auf den Tagungen der Vertragsparteien als Beobachter vertreten sein. Jede Stelle, national oder international, staatlich oder nichtstaatlich, die auf Gebieten im Zusammenhang mit dem Schutz der Ozonschicht fachlich befähigt ist und dem Sekretariat ihren Wunsch mitgeteilt hat, auf einer Tagung der Vertragsparteien als Beobachter vertreten zu sein, kann zugelassen werden, sofern nicht mindestens ein Drittel der anwesenden Vertragsparteien widerspricht. Die Zulasssung und Teilnahme von Beobachtern unterliegen der von den Vertragsparteien beschlossenen Geschäftsordnung.

Artikel 12

Sekretariat

Für die Zwecke dieses Protokolls hat das Sekretariat folgende Aufgaben:

(a) arrange for and service meetings of the Parties as provided for in Article 11;

(b) receive and make available, upon request by a Party, data provided pursuant to Article 7;

(c) prepare and distribute regularly to the Parties reports based on information received pursuant to Articles 7 and 9;

(d) notify the Parties of any request for technical assistance received pursuant to Article 10 so as to facilitate the provision of such assistance;

(e) encourage non-Parties to attend the meetings of the Parties as observers and to act in accordance with the provisions of this Protocol;

(f) provide, as appropriate, the information and requests referred to in subparagraphs (c) and (d) to such non-party observers; and

(g) perform such other functions for the achievement of the purposes of this Protocol as may be assigned to it by the Parties.

a) organise les réunions des Parties visées à l'article 11 et en assure le service;

b) reçoit les données fournies au titre de l'article 7 et les communique à toute Partie à sa demande;

c) établit et diffuse régulièrement aux Parties des rapports fondés sur les renseignements reçus en application des articles 7 et 9;

d) communique aux Parties toute demande d'assistance technique reçue en application de l'article 10 afin de faciliter l'octroi de cette assistance;

e) encourage les pays qui ne sont pas Parties à assister aux réunions des Parties en tant qu'observateurs et à respecter les dispositions du Protocole;

f) communique, le cas échéant, les renseignements et les demandes visés aux alinéas c) et d) du présent article aux observateurs des pays qui ne sont pas Parties;

g) s'acquitte, en vue de la réalisation des objectifs du Protocole, de toutes autres fonctions que pourront lui assigner les Parties.

a) Es veranstaltet die in Artikel 11 vorgesehenen Tagungen der Vertragsparteien und stellt die entsprechenden Dienste bereit;

b) es nimmt die nach Artikel 7 bereitgestellten Daten entgegen und stellt sie einer Vertragspartei auf Ersuchen zur Verfügung;

c) es erarbeitet Berichte aufgrund von Informationen, die nach den Artikeln 7 und 9 eingehen, und verteilt sie regelmäßig an die Vertragsparteien;

d) es notifiziert den Vertragsparteien jeden nach Artikel 10 eingegangenen Antrag auf technische Unterstützung, um die Bereitstellung solcher Unterstützung zu erleichtern;

e) es ermutigt Nichtvertragsparteien, an den Tagungen der Vertragsparteien als Beobachter teilzunehmen und im Einklang mit den Bestimmungen des Protokolls zu handeln;

f) es stellt diesen als Beobachter teilnehmenden Nichtvertragsparteien, gegebenenfalls die unter den Buchstaben c und d bezeichneten Informationen und Anträge zur Verfügung;

g) es nimmt zur Erreichung der Zwecke des Protokolls sonstige Aufgaben wahr, die ihm von den Vertragsparteien übertragen werden.

Article 13

Financial Provisions

1. The funds required for the operation of this Protocol, including those for the functioning of the secretariat related to this Protocol, shall be charged exclusively against contributions from the Parties.

2. The Parties, at their first meeting, shall adopt by consensus financial rules for the operation of this Protocol.

Article 13

Dispositions financières

1. Les ressources financières destinées à l'application du présent Protocole, y compris aux dépenses de fonctionnement du secrétariat liées au présent Protocole, proviennent exclusivement des contributions des Parties.

2. A leur première réunion, les Parties adoptent par consensus les règles financières devant régir la mise en oeuvre du présent Protocole.

Artikel 13

Finanzielle Bestimmungen

(1) Die für die Durchführung dieses Protokolls erforderlichen Mittel einschließlich derjenigen für die Arbeit des Sekretariats im Zusammenhang mit dem Protokoll stammen ausschließlich aus Beiträgen der Vertragsparteien.

(2) Auf ihrer ersten Tagung beschließen die Vertragsparteien durch Konsens die Finanzordnung für die Durchführung des Protokolls.

Article 14

Relationship of this Protocol to the Convention

Except as otherwise provided in this Protocol, the provisions of the Convention relating to its protocols shall apply to this Protocol.

Article 14

Rapport entre le présent Protocole et la Convention

Sauf mention contraire dans le présent Protocole, les dispositions de la Convention relatives à ses protocoles s'appliquent au présent Protocole.

Artikel 14

Verhältnis dieses Protokolls zum Übereinkommen

Sofern in diesem Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, gelten die Bestimmungen des Übereinkommens, die sich auf seine Protokolle beziehen, für das Protokoll.

Article 15

Signature

This Protocol shall be open for signature by States and by regional economic integration organizations in Montreal on 16 September 1987, in Ottawa from 17 September 1987 to 16 January 1988, and at United Nations Headquarters in New York from 17 January 1988 to 15 September 1988.

Article 15

Signature

Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats et des organisations régionales d'intégration économique, à Montréal, le 16 septembre 1987, à Ottawa, du 17 septembre 1987 au 16 janvier 1988 et au siège de l'Organisation des Nations Unies à New York, du 17 janvier 1988 au 15 septembre 1988.

Artikel 15

Unterzeichnung

Dieses Protokoll liegt für Staaten und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration am 16. September 1987 in Montreal, vom 17. September 1987 bis zum 16. Januar 1988 in Ottawa und vom 17. Januar 1988 bis zum 15. September 1988 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Article 16

Entry into Force

1. This Protocol shall enter into force on 1 January 1989, provided that at least eleven instruments of ratification, acceptance, approval of the Protocol or accession thereto have been deposited by States or regional economic integration organizations representing at least two-thirds of 1986 estimated global consumption of the controlled substances, and the provisions of paragraph 1 of Article 17 of the Convention have been fulfilled. In the event that these conditions have not been fulfilled by that date, the Protocol shall enter into force on the ninetieth day following the date on which the conditions have been fulfilled.

2. For the purposes of paragraph 1, any such instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by member States of such organization.

3. After the entry into force of this Protocol, any State or regional economic integration organization shall become a Party to it on the ninetieth day following the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 17

Parties Joining after Entry into Force

Subject to Article 5, any State or regional economic integration organization which becomes a Party to this Protocol after the date of its entry into force, shall fulfil forthwith the sum of the obligations under Article 2, as well as under Article 4, that apply at that date to the States and regional economic integration organizations that became Parties on the date the Protocol entered into force.

Article 18

Reservations

No reservations may be made to this Protocol.

Article 19

Withdrawal

For the purposes of this Protocol, the provisions of Article 19 of the Convention relating to withdrawal shall apply, except with respect to Parties referred to in paragraph 1 of Article 5. Any such Party may withdraw from this Protocol by giving written notification to the Depositary at any time after four years of assuming the obligations specified in paragraphs 1 to 4 of Article 2. Any such withdrawal shall take effect upon expiry of one year after the date of its re-

Article 16

Entrée en vigueur

1. Le présent Protocole entre en vigueur le 1[er] janvier 1989, sous réserve du dépôt à cette date d'au moins onze instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation du Protocole ou d'adhésion au Protocole par des Etats ou des organisations régionales d'intégration économique dont la consommation de substances réglementées représente au moins les deux tiers de la consommation mondiale estimée de 1986 et à condition que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 17 de la Convention aient été respectées. Si, à cette date, ces conditions n'ont pas été respectées, le présent Protocole entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date à laquelle ces conditions ont été respectées.

2. Aux fins du paragraphe 1, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique ne doit être considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les Etats membres de ladite organisation.

3. Postérieurement à l'entrée en vigueur du présent Protocole, tout Etat ou toute organisation régionale d'intégration économique devient Partie au présent Protocole le quatre-vingt-dixième jour à compter de la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 17

Parties adhérant après l'entrée en vigueur

Sous réserve des dispositions de l'article 5, tout Etat ou organisation régionale d'intégration économique qui devient Partie au présent Protocole après la date de son entrée en vigueur assume immédiatement la totalité de ses obligations aux termes des dispositions de l'article 2 et de l'article 4 qui s'appliquent à ce moment aux Etats et aux organisations régionales d'intégration économique qui sont devenus Parties à la date d'entrée en vigueur du Protocole.

Article 18

Réserves

Le présent Protocole ne peut faire l'objet de réserves.

Article 19

Dénonciation

Aux fins du présent Protocole, les dispositions de l'article 19 de la Convention, qui vise sa dénonciation, s'appliquent à toutes les Parties, sauf à celles qui sont visées au paragraphe 1 de l'article 5. Ces dernières peuvent dénoncer le présent Protocole, par notification écrite donnée au dépositaire, à l'expiration d'un délai de quatre ans après avoir accepté les obligations spécifiées aux paragraphes 1 à 4 de l'article 2. Toute dénonciation prend effet à l'expiration d'un

Artikel 16

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt am 1. Januar 1989 in Kraft, sofern mindestens elf Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden zu dem Protokoll von Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die mindestens zwei Drittel des geschätzten weltweiten Verbrauchs der geregelten Stoffe im Jahr 1986 vertreten, hinterlegt und die Bestimmungen des Artikels 17 Absatz 1 des Übereinkommens erfüllt sind. Sind diese Bedingungen bis zu dem genannten Tag nicht erfüllt, so tritt das Protokoll am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Bedingungen erfüllt worden sind.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der betreffenden Organisation hinterlegten Urkunden.

(3) Nach Inkrafttreten des Protokolls wird ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde Vertragspartei des Protokolls.

Artikel 17

Vertragsparteien, die nach dem Inkrafttreten beitreten

Vorbehaltlich des Artikels 5 erfüllt jeder Staat oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls beitreten, sofort sämtliche in den Artikeln 2 und 4 vorgesehenen Verpflichtungen, die zu dem betreffenden Zeitpunkt für die Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration gelten, die an dem Tag Vertragsparteien wurden, an dem das Protokoll in Kraft trat.

Artikel 18

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 19

Rücktritt

Für die Zwecke dieses Protokolls finden die Bestimmungen des Artikels 19 des Übereinkommens über den Rücktritt Anwendung, außer in bezug auf die in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien. Jede dieser Vertragsparteien kann jederzeit nach Ablauf von vier Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem sie die in Artikel 2 Absätze 1 bis 4 vorgesehenen Verpflichtungen übernommen hat, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifika-

ceipt by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification of the withdrawal.

délai d'un an suivant la date de sa réception par le dépositaire ou à toute date ultérieure qui peut être spécifiée dans la notification de dénonciation.

tion von dem Protokoll zurücktreten. Der Rücktritt wird nach Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem gegebenenfalls in der Rücktrittsnotifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

Article 20

Authentic Texts

The original of this Protocol, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 20

Textes faisant foi

L'original du présent Protocole, dont les textes en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe font également foi, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 20

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Protocol.

Done at Montreal this sixteenth day of September, one thousand nine hundred and eighty-seven.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

Fait à Montréal, le seize septembre mil neuf cent quatre-vingt-sept.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Montreal am 16. September 1987.

Annex A

Controlled Substances

Group	Substance	Ozone Depleting Potential *)
Group I	$CFCl_3$ (CFC-11)	1.0
	CF_2Cl_2 (CFC-12)	1.0
	$C_2F_3Cl_3$ (CFC-113)	0.8
	$C_2F_4Cl_2$ (CFC-114)	1.0
	C_2F_5Cl (CFC-115)	0.6
Group II	CF_2BrCl (halon-1211)	3.0
	CF_3Br (halon-1301)	10.0
	$C_2F_4Br_2$ (halon-2402)	(to be determined)

*) These ozone depleting potentials are estimates based on existing knowledge and will be reviewed and revised periodically.

Annexe A

Substances réglementées

Groupe	Substance	Potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone *)
Groupe I	$CFCl_3$ (CFC-11)	1,0
	CF_2Cl_2 (CFC-12)	1,0
	$C_2F_3Cl_3$ (CFC-113)	0,8
	$C_2F_4Cl_2$ (CFC-114)	1,0
	C_2F_5Cl (CFC-115)	0,6
Groupe II	CF_2BrCl (halon-1211)	3,0
	CF_3Br (halon-1301)	10,0
	$C_2F_4Br_2$ (halon-2402)	(à déterminer)

*) Ces valeurs du potentiel d'appauvrissement de la couche d'ozone sont des valeurs estimées fondées sur les connaissances actuelles. Elles seront examinées et révisées périodiquement.

Anlage A

Geregelte Stoffe

Gruppe	Stoff	Ozonabbaupotential *)
Gruppe I	CCl_3F (R 11)	1,0
	CCl_2F_2 (R 12)	1,0
	$C_2Cl_3F_3$ (R 113)	0,8
	$C_2Cl_2F_4$ (R 114)	1,0
	C_2ClF_5 (R 115)	0,6
Gruppe II	$CBrClF_2$ (Halon 1211)	3,0
	$CBrF_3$ (Halon 1301)	10,0
	$C_2Br_2F_4$ (Halon 2402)	(noch zu bestimmen)

*) Diese Ozonabbaupotentiale sind Schätzungen aufgrund vorhandener Kenntnisse; sie werden regelmäßig überprüft und revidiert.

Denkschrift zu dem Protokoll

A. Allgemeines

I. Am 22. März 1985 haben in Wien 21 an dem Umweltprogamm der Vereinten Nationen (UNEP) beteiligte Staaten das „Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht" unterzeichnet, darunter die Bundesrepublik Deutschland und sechs weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie die Gemeinschaft selbst.

Das Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach der Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft. Inzwischen wurden 16 Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunden hinterlegt, unter anderem von den USA, Kanada, der UdSSR, Finnland, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und die Mitgliedstaaten gehen davon aus, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit das Übereinkommen alsbald völkerrechtlich in Kraft treten kann.

Die Bundesregierung hat am 2. März 1988 den Entwurf eines Vertragsgesetzes zum Wiener Übereinkommen beschlossen und diesen Gesetzentwurf gemäß Art. 76 Abs. 2 GG dem Bundesrat zugeleitet (BR-Drs. 105/88).

Das Übereinkommen hat zum Ziel, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen von Tätigkeiten zu schützen, die zu einer Veränderung der Ozonschicht führen können. In ihm verpflichten die Vertragsparteien sich, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten geeignete Rechts- und Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen, um derartige Aktivitäten zu überwachen, zu begrenzen, zu verringern oder zu vermeiden. Außerdem übernehmen die Vertragsparteien die Pflicht zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der Forschung, der systematischen Beobachtungen und des Informationsaustausches. Diese im Grundsatz festgelegten Verpflichtungen bedürfen der näheren Konkretisierung in Folgevereinbarungen, die in Form von Protokollen erfolgen sollen. Die Beschlußfassung über die Protokolle hat in der aufgrund des Übereinkommens eingesetzten „Konferenz der Vertragsparteien" zu erfolgen.

II. Das erste Protokoll, das Maßnahmen zur Verringerung der Emission von ozonschichtschädigenden Stoffen (Fluorchlorkohlenwasserstoffen und Halonen) festschreibt, ist demgemäß auf der Diplomatischen Konferenz am 16. September 1987 in Montreal unterzeichnet worden (Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einer Abnahme der Ozonschicht führen). Zu den Unterzeichnern gehören neben der Europäischen Gemeinschaft die Mehrzahl ihrer Mitgliedstaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland. Das Protokoll von Montreal soll am 1. Januar 1989 in Kraft treten, vorausgesetzt, es sind insgesamt elf Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunden hinterlegt. Bisher haben die USA und Mexiko das Protokoll ratifiziert.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und die Bundesregierung werden alles daransetzen, daß das Protokoll rechtzeitig zum 1. Januar 1989 von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten ratifiziert werden und völkerrechtlich in Kraft treten kann.

Mit der Erarbeitung des Protokolls ist es im Bereich des Umweltschutzes erstmalig weltweit gelungen, zwei Gruppen von Stoffen (5 Fluorchlorkohlenwasserstoffe – FCKW – und 3 Halone) im Hinblick auf ihre ozonabbauende Wirkung einer internationalen Regelung zu unterwerfen.

Bei den UNEP-Verhandlungen mußte in Rechnung gestellt werden, daß das „Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht" keine konkreten Maßnahmen zur Beschränkung von FCKW oder anderen Stoffen vorsieht. Dies war vor allem darin begründet, daß die USA und die EG jeweils auf ihre Vorleistungen verwiesen und die in ihrem eigenen Bereich getroffenen Maßnahmen als allgemein verbindlich zu akzeptieren forderten. Um dieses Problem nicht erneut zu erörtern, wurde im Protokoll von Montreal der Grundsatz verankert, daß sich die Vertragsparteien verpflichten, Produktion und Verbrauch von FCKW insgesamt auf ein im Protokoll festgelegtes Maß zu beschränken. Mit welchen Maßnahmen und in welchem Anwendungsbereich dieses Ziel im einzelnen national erreicht wird, bleibt den jeweiligen Vertragsparteien überlassen.

Das nachdrückliche Eintreten der Bundesrepublik Deutschland für ein wirkungsvolles FCKW-Protokoll hat wesentlich dazu beigetragen, die zunächst zögernde Haltung der EG gegenüber weitergehenden FCKW-Beschränkungen fortzuentwickeln. Am Beginn der Protokollverhandlungen stand der Vorschlag der EG, die Produktionskapazität der beiden wichtigsten FCKW (F 11, F 12) zu beschränken. Am Ende der Verhandlungen hat die Gemeinschaft schließlich nicht nur erheblichen Produktions- und Verbrauchsbeschränkungen für alle vollhalogenierten FCKW zugestimmt, sondern sich auch damit einverstanden erklärt, die überwiegend als Feuerlöschmittel eingesetzten Halone, die die Ozonschicht ebenfalls schädigen können, in das Protokoll einzubeziehen. Mitentscheidend für diese Fortentwicklung des Gemeinschaftsstandpunkts war insbesondere ein Memorandum der Bundesregierung vom Februar 1987.

Das Protokoll sieht im wesentlichen folgende Regelungen vor:

1. Produktion und Verbrauch aller vollhalogenierten FCKW (F 11, F 12, F 113, F 114, F 115) dürfen innerhalb der zwölf Monate, die ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Protokolls beginnen, sowie in der folgenden Zeit das Niveau des Jahres 1986 nicht mehr überschreiten. Die erste Periode, innerhalb derer diese Voraussetzung erfüllt sein muß, ist also voraussichtlich die Zeit vom 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1990.

2. Produktion und Verbrauch aller vollhalogenierten FCKW dürfen vom Berechnungszeitraum 1. Juli 1993 bis 30. Juni 1994 an 80 % des Niveaus von 1986 nicht mehr überschreiten.
3. Produktion und Verbrauch aller vollhalogenierten FCKW dürfen vom Berechnungszeitraum 1. Juli 1998 bis 30. Juni 1999 an 50 % des Niveaus von 1986 nicht mehr überschreiten.
4. Produktion und Verbrauch der Halone 1211, 1301 und 2402 dürfen drei Jahre nach Inkrafttreten des Protokolls, also voraussichtlich vom Jahr 1992 an, das Niveau des Jahres 1986 nicht mehr überschreiten.

Neben einer Reihe ergänzender Bestimmungen sieht das Protokoll eine befristete Ausnahmeklausel für Entwicklungsländer und Länder mit Niedrigverbrauch sowie Sondermaßnahmen gegenüber Ländern vor, die dem Protokoll nicht beitreten.

III. Zur einheitlichen Umsetzung der Vertragspflichten aus dem Protokoll innerhalb der Europäischen Gemeinschaften hat die Kommission dem Rat mit Schreiben vom 4. März 1988 u. a. den „Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für bestimmte Stoffe, die zu einer Abnahme der Ozonschicht führen“ [KOM (88) 58 endg. Ratsdok. 4997/88] vorgelegt (vgl. BR-Drs. 129/88).

Die Verordnung ist so gefaßt, daß die Mitgliedstaaten sicherstellen können, daß ihre Verpflichtungen aufgrund des Protokolls in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht eingehalten werden.

Zur Regelung des Verbrauchs von FCKW und Halonen in der Gemeinschaft muß nach Auffassung der Kommission eher das Angebot als die Nachfrage kontrolliert werden. Das Angebot läßt sich durch die Regelung der Einfuhren und die Beschränkung der Mengen kontrollieren, die in der Gemeinschaft hergestellt und verkauft werden. Die Zahl der Hersteller von FCKW und Halonen in der Gemeinschaft ist relativ gering. Würde der Verbrauch durch eine Regelung der Nachfrage, nicht aber des Angebots eingeschränkt, müßte die Verwendung geregelter Stoffe bei einer wesentlich größeren Zahl von Unternehmen kontrolliert werden. Ein weiterer Vorteil der Regelung des Verbrauchs durch eine Beschränkung des Angebots liegt in dem zu erwartenden Preisanstieg, der die Verbraucher zwingt, nach umweltfreundlicheren Alternativen zu suchen. Es ist eher möglich, das Angebot und damit den Verbrauch zu regeln, ohne die Ausfuhren oder die Lagerbestände zu kontrollieren. Der Verbrauch in der Gemeinschaft kann nicht durch Produktionsregelungen kontrolliert werden, da im allgemeinen ein relativ hoher Anteil der Gesamtproduktion der Gemeinschaft ausgeführt wird. Daher sollen die Mengen, die die Hersteller innerhalb der Gemeinschaft veräußern oder selbst verwenden dürfen, begrenzt werden. Für die Mengen, die von Unternehmen der Gemeinschaft zusätzlich zu den Mengen hergestellt werden, die sie in der Gemeinschaft verkaufen oder verwenden dürfen, bleibt danach nur die Möglichkeit der Ausfuhr oder Lagerung. Gemäß den im Verordnungsentwurf vorgesehenen Vorschriften zur Regelung von Produktion und Verbrauch kann der Hersteller feststellen, wieviel er produzieren und innerhalb der Gemeinschaft verkaufen oder selbst verwenden darf. Er kann darüber hinaus die Erlaubnis erhalten, zusätzliche Mengen zu veräußern oder zu verwenden, wenn die Einfuhren in die Gemeinschaft geringer als vorgesehen ausgefallen sind, oder wenn er das Recht erwirbt, eine zusätzliche Menge eines anderen Herstellers der Gemeinschaft zu veräußern oder zu verwenden. In beiden Fällen kann dem Hersteller gestattet werden, seine Verkaufszahlen (oder seinen Eigenbedarf) zu erhöhen, ohne daß damit ein Nettoanstieg des Gesamtverbrauchs in der Gemeinschaft verbunden ist.

Die Vorschriften zur Regelung von Einfuhr und Verkauf oder Verwendung der geregelten Stoffe in der Gemeinschaft bezwecken, daß die Verpflichtung zum Einfrieren des Gemeinschaftsverbrauchs 1989 auf dem Umfang von 1986 sowie zur anschließenden Verringerung auf 80 % im Jahr 1992 und auf 50 % im Jahr 1998, bezogen auf den Umfang von 1986, in der Praxis streng einzuhalten ist.

Die übrigen Vorschriften betreffen etwaige Strafmaßnahmen bei Nichteinhaltung des Überwachungsmechanismus, der die Einhaltung der Vorschriften sicherstellen soll, ferner einen Verwaltungsausschuß, der die Kommission bei der Verwaltung der Regelungssysteme unterstützen soll.

Der Verordnungsentwurf wird derzeit in der Ratsgruppe Umwelt beraten.

IV. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 hat der Bundeskanzler für die Bundesregierung klargestellt, daß angesichts des bedenklichen Abbaus der Ozonschicht international auf einem Verbot von gefährlichen Treibgasen in Spraydosen bestanden werden muß. Die Bundesregierung hat sich deshalb auch intensiv an der Erarbeitung des im September 1987 verabschiedeten Protokolls von Montreal beteiligt. Sie begrüßt gleichzeitig auch die im August 1987 von der Aerosolindustrie dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegebene Zusage, den Einsatz von Fluorchlorkohlenwasserstoff im Spraybereich bis Ende 1988 um mindestens 75 % (bezogen auf 1976) und bis Ende 1989 um mindestens 90 % bis auf unverzichtbare medizinische und technische Anwendungsbereiche zu verringern. Mit der Erfüllung dieser Zusage wird der international vorgesehene Zeitplan in der Bundesrepublik Deutschland erheblich früher erfüllt werden. Die Industriegemeinschaft Aerosole e. V. hat dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Ende Januar 1988 mitgeteilt, daß bei den großen Produktgruppen Haar- und Körpersprays die Umstellung auf FCKW-freie Treibmittel bereits im Januar 1988 zu 95 % abgeschlossen ist.

B. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die Bestimmungen der im Vertragstext des Protokolls verwendeten Begriffe.

Nummer 4 definiert den Begriff „geregelter Stoff“ im Sinne des Protokolls. Der Begriff umfaßt die in Anlage A zum Protokoll aufgeführten fünf vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe sowie die dort genannten drei Halone,

und zwar die Stoffe als solche sowie Gemische aus diesen Stoffen. Nicht erfaßt sind Stoffe/Gemische in Erzeugnissen, erfaßt dagegen Transport- und Lagerbehältnisse mit den Stoffen/Gemischen.

Nummer 5 bestimmt den Begriff „Produktion" als die Menge der erzeugten vom Vertrag erfaßten Stoffe abzüglich der Menge, die mittels eines noch zu genehmigenden Verfahrens vernichtet worden ist.

Nummer 6 enthält die Bestimmung des „Verbrauchs": Produktion zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

Nummer 8 beschreibt den Vertragsgegenstand „industrielle Rationalisierung" als die (auch teilweise) Verlagerung der in ihrem Umfang nach Artikel 3 berechneten Produktion zwischen den Vertragsparteien, falls hiermit Wirtschaftlichkeit erstrebt oder Versorgungsmängeln infolge Betriebsschließungen entgegengewirkt werden soll.

Zu Artikel 2

Diese Vertragsbestimmung enthält die eigentlichen Regelungsmaßnahmen des Protokolls.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien zur Beschränkung des Verbrauchs und der Produktion der vom Protokoll erfaßten fünf FCKW auf dem Niveau des Jahres 1986. Verbrauch und Produktion des Jahres 1986 bilden damit die Basis zur Bemessung der beiden späteren Reduktionsstufen um 20 % (Absatz 3) und 30 % (Absatz 4).

Der ebenfalls gemäß Artikel 3 zu berechnende Umfang des Verbrauchs- bzw. Produktions-Niveaus des Basisjahrs 1986 muß während eines Zeitraums von zwölf Monaten erreicht sein; diese Frist beginnt ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Protokolls, also voraussichtlich in der Mitte des Jahres 1989, so daß das Vertragsziel der Beschränkung von Produktion und Verbrauch Mitte des Jahres 1990 erreicht sein und in der Folge beibehalten werden muß.

Allerdings ist ein Zuwachs von höchstens 10 % auf den Produktionsumfang des Jahres 1986 zugelassen, und zwar zur Erfüllung grundlegender nationaler Bedürfnisse der Entwicklungsländer und zum Zweck der industriellen Rationalisierung zwischen den Vertragsparteien. Diese beiden Voraussetzungen der 10-prozentigen Produktionszunahme bedürfen noch weiterer Konkretisierung bei den in Artikel 11 vorgesehenen Tagungen der Vertragsparteien.

Absatz 2 regelt das Beschränken von Verbrauch und Produktion der drei vom Protokoll erfaßten Halone. Diese Vertragspflichten unterscheiden sich von denen in Absatz 1 nur insoweit, als der Zwölfmonatszeitraum, während dessen die Verbrauchs- bzw. Produktionskapazität des Basisjahrs 1986 erreicht werden muß, erst drei Jahre nach Inkrafttreten des Protokolls beginnt, also voraussichtlich Anfang des Jahres 1992. Dieses Niveau muß in der Folgezeit ebenfalls gehalten werden. Spätere Reduktionsstufen sind hinsichtlich der Halone nicht vorgesehen. Die Einzelheiten des Verfahrens sind einem Beschluß der Vertragsparteien auf der ersten Tagung nach der ersten wissenschaftlichen Überprüfung (gemäß Artikel 6 im Jahr 1990) vorbehalten.

Absatz 3 enthält die Verpflichtung zur erstmaligen Rückführung des Verbrauchs und der Produktion der FCKW um 20 % auf der Basis des Jahres 1986. Auch bei dieser Stufe ist zugelassen, daß der Ausgangswert der Produktion des Jahres 1986 von Entwicklungsländern im Sinne des Artikels 5 und im übrigen zum Zweck der industriellen Rationalisierung um maximal 10 % überschritten wird.

Der Zeitraum, in dem die erste Reduktionsstufe von 20 % erreicht sein muß, ist festgesetzt auf den 1. Juli 1993 bis zum 30. Juni 1994. Das erreichte Reduktions-Niveau von 80 % gegenüber dem Ausgangsjahr 1986 muß in der Folge beibehalten werden.

In Absatz 4 verpflichten sich die Vertragsparteien zu einer weiteren Einschränkung des Verbrauchs und der Produktion der FCKW um 30 %, so daß im Vergleich zum Basisjahr 1986 eine Rückführung um insgesamt 50 % erfolgt. Allerdings darf auch hier unter den nämlichen Voraussetzungen wie bei der Produktionsbeschränkung auf der Basis des Jahres 1986 und beim ersten Reduktionsschritt von den Entwicklungsländern und im übrigen zum Zweck der Rationalisierung beim Ausgangswert des Jahres 1986 ein Zuwachs zugrunde gelegt werden.

Dieser beträgt in dieser Stufe sogar 15 % (Satz 2).

Auch diese Reduktionsstufe ist fest terminiert. Sie muß vom 1. Juli 1998 bis zum 30. Juni 1999 erreicht sein und alsdann beibehalten werden.

Die Gesamtregelung der zweiten Reduktionsstufe kann durch Beschluß der Vertragsparteien geändert, also verschärft, aber auch gemildert werden (Satz 3). Voraussetzung für das Zustandekommen eines solchen Beschlusses ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden abstimmenden Vertragsparteien. Dieses Quorum muß seinerseits zwei Drittel des Gesamtverbrauchs repräsentieren. Der Beschluß erfolgt gemäß Satz 4 unter Berücksichtigung der jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnisse im Sinne von Artikel 6.

Absatz 5 eröffnet die Möglichkeit, Produktionskapazität bei den FCKW zwischen den Vertragsparteien zu übertragen. Voraussetzung für diesen Transfer ist, daß eine der hieran beteiligten Vertragsparteien im Basisjahr 1986 mit der Produktion die Grenze von 25 000 t nicht erreicht hat. Die Übertragung der die Grenzpunkte in den Absätzen 1, 3 und 4 übersteigenden Produktionskapazitäten auf einen Vertragspartner mit geringerer (25 000 t in 1986) Produktion kann jedoch nur innerhalb der beiden Parteien insgesamt gesetzten Grenzen geschehen, darf also bei einer Addition nicht zur Erhöhung ihrer Gesamtproduktion führen. Weitere Voraussetzung eines solchen Transfers, der dem Sekretariat spätestens zum Zeitpunkt der Übertragung zu notifizieren ist (Satz 2), stellt auch in dieser Vorschrift der Zweck der industriellen Rationalisierung dar.

Absatz 6 enthält eine Art Härteklausel für Nichtentwicklungsländer mit im Aufbau befindlichen Produktionsanlagen, in denen die vom Protokoll erfaßten Stoffe hergestellt werden.

Falls mit dem Bau dieser Anlagen vor Beginn der Unterzeichnung des Protokolls, also vor dem 16. September 1987, begonnen worden oder ein Auftrag zum Bau erteilt worden ist und wenn zusätzlich bereits vor dem 1. Januar 1987 innerstaatliche Rechtsvorschriften hierzu verabschiedet waren, kann der betreffende Vertragsstaat die Produktion aus diesen Anlagen zusätzlich zu seiner auf das Basisjahr 1986 beschränkten Produktion anrechnen und damit ebenfalls als Grundlage seiner späteren Reduktionsmaßnahmen in Ansatz bringen. Dieses Ausnahmerecht ist an zwei Voraussetzungen geknüpft. Die im Auf-

bau befindlichen Anlagen müssen bis zum 31. Dezember 1990 fertiggestellt sein, und der jährliche Gesamtverbrauch darf insgesamt 0,5 kg pro Kopf der Bevölkerung des Vertragsstaats nicht überschreiten.

Absatz 7 wiederholt für den Fall der Produktionsübertragung nach Absatz 5 und statuiert für den Fall der Überschreitung der Produktion nach Absatz 6 die Notifizierungspflichten der Vertragspartner gegenüber dem Sekretariat.

Absatz 8 regelt die Vertragsstellung von Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration. Mit diesem wichtigen Vertragsteil sollen insbesondere die Europäischen Gemeinschaften und deren Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten aus dem Protokoll angesprochen werden.

– zu Buchstabe a

Mitgliedstaaten solcher Organisationen (Artikel 1 Abs. 6 des Wiener Übereinkommens) sind berechtigt, ihre Vertragspflichten zur Beschränkung bzw. zur Rückführung des Verbrauchs gemeinschaftlich zu erfüllen; machen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, darf jedoch hierdurch keine Erhöhung des vorgeschriebenen Gesamtverbrauchs eintreten.

– zu Buchstabe b

Eine solche Übereinkunft der Vertragsparteien begründet ebenfalls eine Informationspflicht gegenüber dem Sekretariat, allerdings hier nur eine Unterrichtung vor dem Beginn der Verbrauchsverminderung unter Darlegung der Einzelheiten der Übereinkunft.

– zu Buchstabe c

Weitere Voraussetzung für das Wirksamwerden einer solchen Übereinkunft ist die Vertragspartnerschaft sämtlicher Mitgliedstaaten der betreffenden regionalen Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen des Montrealer Protokolls sowie die vorherige Notifizierung an das Sekretariat darüber, in welcher Weise die Übereinkunft ausgeführt werden soll.

Absatz 9 nimmt die im Grundsatz bereits in Absatz 4, Sätze 3 und 4 enthaltene Möglichkeit einer vertraglichen Änderung und Anpassung der Vertragsziele auf und legt die Einzelheiten des Umfangs und des Verfahrens dieser Anpassungen fest. Damit sind die in der Rahmenvereinbarung des Artikels 9 des Wiener Übereinkommens niedergelegten Grundsätze konkretisiert.

– zu Buchstabe a

Während der den Vertragsparteien in Absatz 4, Sätze 4 und 5 dieses Artikels eingeräumte Beschluß sowohl eine strengere als auch eine geringere Reduktion des Verbrauchs und der Produktion zuläßt, also kürzere oder längere Reduktionsfristen wie auch einen größeren oder geringeren Umfang der Reduktion als insgesamt 50% bis zum 30. Juni 1999, regelt Absatz 9 – ebenso wie die nachfolgenden beiden Absätze dieses Artikels – nur die vertragliche Verschärfung der Pflichten aus dem Protokoll.

Auf der Grundlage verfügbarer wissenschaftlicher, umweltbezogener technischer und wirtschaftlicher Informationen (Artikel 6 Satz 1) können:

i) im Einzelfall bestimmte geregelte Stoffe, also FCKW und Halone, mit einem aktuellen Ozon-Abbau-Faktor versehen,

ii) Anpassung und Verminderung der Produktion oder des Verbrauchs, bezogen auf das Basisjahr 1986, nach Umfang und Frist

beschlossen werden. Die Bezugnahme auf Artikel 6 des Protokolls, wonach Änderungen nur auf der Grundlage verfügbarer wissenschaftlicher, umweltbezogener, technischer und wirtschaftlicher Informationen erfolgen dürfen, setzt dem Beschluß der Vertragsparteien ausreichend konkrete Maßstäbe. Umfang und Ausmaß der Änderungen des Protokolls werden damit in der notwendigen Weise begrenzt.

– zu Buchstabe b

Vorschläge zu solchen Vertragsanpassungen werden sechs Monate vor Beschlußfassung durch das Sekretariat übermittelt. Ohne ausdrückliche Erwähnung im Vertragstext liegt dieses Vorschlagsrecht sowohl beim Sekretariat als auch bei den Vertragsparteien (vgl. Artikel 9 Abs. 1, Satz 1 des Wiener Übereinkommens).

– zu Buchstabe c

Das Beschlußverfahren sieht Einigung durch Konsens als primäre Beschlußform vor, d. h. kein anwesender abstimmender Vertragspartner darf widersprechen (Satz 1). Ist auf diese Weise Einigung nicht zu erzielen, ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien erforderlich, die mindestens 50% des Gesamtverbrauchs aller geregelten Stoffe repräsentiert (Satz 2).

– zu Buchstabe d

Die gemäß dem Verfahren in Buchstabe c) gefaßten Beschlüsse sind für alle Vertragsparteien bindend (Satz 1). Falls sie keine anderslautenden Regelungen enthalten, treten sie sechs Monate nach ihrer Absendung durch den Verwahrer (gemeint ist das Sekretariat) in Kraft.

Absatz 10 ermöglicht die Änderung, zumal die Aktualisierung der Anlage des Protokolls.

– zu Buchstabe a

Inhalt eines solchen Änderungs-, Ergänzungs- oder Erweiterungsbeschlusses auf der Grundlage der verfügbaren wissenschaftlichen, umweltbezogenen, technischen und wirtschaftlichen Informationen im Sinne des Artikels 6 Satz 1 sowie in Übereinstimmung mit den gemäß Artikel 9 zu fördernden Vertragsbereichen Forschung, Entwicklung und Informationsaustausch kann sein:

i) neue Stoffe in das Regelwerk des Protokolls aufzunehmen oder daraus zu entfernen,

ii) diese Stoffe in Umfang, Zeitrahmen und Verfahren einem – ggf. neuen – Regelungsverfahren zu unterwerfen.

Das vorgesehene Verfahren soll eine möglichst rasche Anpassung des Protokolls selbst sowie seiner Anlage an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungen des Ozonabbaus auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt gewährleisten.

– zu Buchstabe b

Zum Zustandekommen eines solchen Beschlusses ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden abstimmenden Vertragsparteien erforderlich, der – ebenso im Absatz 9 – sämtliche Vertragsparteien bindet.

Absatz 11 bildet insoweit einen Gesamtvorbehalt zu der zentralen Vorschrift des Protokolls in Artikel 2, als hier jeder Vertragspartei die jederzeitige und uneingeschränkte

Befugnis garantiert wird, unabhängig vom Vorgehen anderer Vertragspartner einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen, als diese im jeweils geltenden Artikel 2 des Protokolls vereinbart sind. Maßnahmen dieser Art schließen nationale Verbote von ozonabbauenden Stoffen oder Stoffgruppen nicht aus.

– zu Buchstabe c

Das Beschlußverfahren sieht Einigung durch Konsens als primäre Beschlußform vor, d. h. kein anwesender abstimmender Vertragspartner darf widersprechen (Satz 1). Ist auf diese Weise Einigung nicht zu erzielen, ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien erforderlich, die mindestens 50% des Gesamtverbrauchs aller geregelten Stoffe repräsentiert (Satz 2).

– zu Buchstabe d

Die gemäß dem Verfahren in Buchstabe c) gefaßten Beschlüsse sind für alle Vertragsparteien bindend (Satz 1). Falls sie keine anderslautenden Regelungen enthalten, treten sie sechs Monate nach ihrer Absendung durch den Verwahrer (gemeint ist das Sekretariat) in Kraft.

Absatz 10 ermöglicht die Änderung, zumal die Aktualisierung der Anlage des Protokolls.

– zu Buchstabe a

Inhalt eines solchen Änderungs-, Ergänzungs- oder Erweiterungsbeschlusses auf der Grundlage der verfügbaren wissenschaftlichen, umweltbezogenen, technischen und wirtschaftlichen Informationen im Sinne des Artikels 6 Satz 1 sowie in Übereinstimmung mit den gemäß Artikel 9 zu fördernden Vertragsbereichen Forschung, Entwicklung und Informationsaustausch kann sein:

i) neue Stoffe in das Regelwerk des Protokolls aufzunehmen oder daraus zu entfernen,

ii) diese Stoffe in Umfang, Zeitrahmen und Verfahren einem – ggf. neuen – Regelungsverfahren zu unterwerfen

Das vorgesehene Verfahren soll eine möglichst rasche Anpassung des Protokolls selbst sowie seiner Anlage an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungen des Ozonabbaus auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt gewährleisten.

– zu Buchstabe b

Zum Zustandekommen eines solchen Beschlusses ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden abstimmenden Vertragsparteien erforderlich, der – ebenso im Absatz 9 – sämtliche Vertragsparteien bindet.

Absatz 11 bildet insoweit einen Gesamtvorbehalt zu der zentralen Vorschrift des Protokolls in Artikel 2, als hier jeder Vertragspartei die jederzeitige und uneingeschränkte Befugnis garantiert wird, unabhängig vom Vorgehen anderer Vertragspartner einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen, als diese im jeweils geltenden Artikel 2 des Protokolls vereinbart sind. Maßnahmen dieser Art schließen nationale Verbote von ozonabbauenden Stoffen oder Stoffgruppen nicht aus.

Zu Artikel 3

Nach dem Berechnungsmodus dieses Artikels sind die zur Erfüllung der Pflichten aus Artikel 2 und 5 zu ermittelnden Größen von Produktion, Ein- und Ausfuhr sowie des Verbrauchs zu berechnen.

– zu Buchstabe a

Die Höhe der jährlichen Produktion wird gruppenweise für jede Stoffgruppe der Anlage A (derzeit: FCKW und Halone) ermittelt, und zwar durch Multiplikation der Produktionshöhe jedes Stoffes mit dem dazugehörigen Faktor des Ozonabbaupotentials und Addition dieser Ergebnisse.

– zu Buchstabe b

Entsprechend werden die Mengen der Ein- und Ausfuhren berechnet.

– zu Buchstabe c

Als Folgeregelung aus der Begriffsbestimmung in Artikel 1 Nr. 5 wird die Errechnung des Verbrauchs als die Addition von Produktion (berechnet nach Buchstabe a) und Einfuhr (berechnet nach Buchstabe a i. Verb. mit Buchstabe b) sowie durch Subtraktion der ebenso ermittelten Ausfuhr bestimmt (Satz 1). Ab dem 1. Januar 1993, also vier Jahre nach dem vorgesehenen Inkrafttreten, darf jedoch die Ausfuhr an Nichtvertragsparteien nicht mehr subtrahiert werden (Satz 2).

Zu Artikel 4

Dieser Artikel legt die Handelsbeziehungen zwischen Vertrags- und Nichtvertragsparteien fest.

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Protokolls, also voraussichtlich bis Ende 1990, hat jeder Vertragsteil die Einfuhr von Stoffen, die vom Protokoll erfaßt sind, zu verbieten, soweit diese aus Nichtmitgliedstaaten stammen (Absatz 1).

Entwicklungsländer, soweit sie dem Vertrag angehören, sind verpflichtet, ab 1. Januar 1993 die Ausfuhr dieser Stoffe in Nichtvertragsstaaten einzustellen (Absatz 2).

Absatz 3 korrespondiert mit Artikel 10 und verpflichtet innerhalb von drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Protokolls zur Entwicklung eines Verfahrens der gegenseitigen Unterstützung mit dem Ziel der Erleichterung der Beteiligung an diesem Vertragswerk. Insbesondere ist eine Liste von Erzeugnissen zu erarbeiten, die geregelte Stoffe enthalten (Satz 1). Die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Nichtvertragsstaaten ist innerhalb eines Jahres nach dem Verbindlichwerden dieser Liste (in Form einer weiteren Anlage zum Protokoll) zu verbieten. Von dieser Verpflichtung ist ausgenommen, wer der Anlage nach den noch zu entwickelnden Verfahrensregeln widersprochen hat (Satz 2).

Absatz 4 statuiert eine Prüfpflicht dahin, innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Protokolls die Durchführbarkeit von Importbeschränkungen oder -verboten der in Absatz 3 geregelten Art auch für Erzeugnisse vorzusehen, die zwar keine dem Protokoll unterfallenden Stoffe enthalten, jedoch mittels solcher Stoffe hergestellt sind (Satz 1). Das Verfahren entspricht dem in Absatz 3 vorgesehenen (Sätze 2 und 3).

Absatz 5 enthält die generelle Verpflichtung, der unmittelbaren Ausfuhr von Herstellungs- und Verwendungstechnologie in Nichtvertragsstaaten entgegenzuwirken.

In Absatz 6 wird diese Pflicht erweitert dahin, daß keine neuen mittelbaren Hilfen zu einem derartigen Technologietransfer geleistet werden dürfen.

Jedoch sind in Absatz 7 solche Technologien von den Restriktionen ausgenommen, die der Eindämmung, Rückgewinnung, Verwertung oder Vernichtung vom Protokoll

erfaßter oder der Entwicklung alternativer Stoffe – also insgesamt der Verminderung der Emission geregelter Stoffe – dienen.

Absatz 8, der systematisch hinter Absatz 4 anzuordnen ist, läßt die Einfuhr aus einem Nichtvertragsstaat ausnahmsweise zu, falls von den Vertragsbeteiligten ausdrücklich festgestellt wird, daß dieser Nichtvertragsstaat seinerseits sämtliche Beschränkungen und Verpflichtungen aus den Artikeln 2 und 4 erfüllt und entsprechende Daten an das Sekretariat übermittelt.

Zu Artikel 5

In diesem Vertragsteil wird das Verhältnis der Entwicklungsländer zu ihren Vertragspartnern bestimmt. Weder die Wiener Konvention noch das Montrealer Protokoll selbst enthalten eine Bestimmung des Begriffs Entwicklungsland.

Diesen Parteien ist die Möglichkeit eingeräumt, ihre Vertragspflichten aus Artikel 2 Abs. 1 bis 4 für die Übergangszeit von zehn Jahre ab dem Inkrafttreten des Protokolls, also voraussichtlich bis zum Jahresende 1999, zu suspendieren. Voraussetzung hierfür ist ein Pro-Kopf-Verbrauch an geregelten Stoffen in diesem Zeitraum von weniger als 0,3 kg (Absatz 1 Satz 1). Das Hinausschieben der Vertragserfüllung muß dazu dienen, die grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu decken; auch dieser Vertragsbegriff ist ausfüllungsbedürftig und nicht im Protokoll definiert. Der genannte Pro-Kopf-Verbrauch darf während der Übergangszeit nicht überschritten werden (Satz 2). Für die spätere Erfüllung der Vertragspflichten kann der Verbrauch dieser Parteien entweder aus dem Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1997 berechnet werden oder, falls dieser Verbrauch größer als 0,3 kg ist, der Richtwert von 0,3 kg zugrunde gelegt werden.

Die Absätze 2 und 3 enthalten – im Anschluß an die Verbote in Artikel 4, die Absätze 5 und 6 im Verhältnis zu Nichtvertragsstaaten – das Gebot, Entwicklungsländer, die Vertragsparteien sind, unmittelbar und mittelbar beim Zugang zu umweltfreundlichen alternativen Stoffen und Technologien zu unterstützen.

Zu Artikel 6

Dieser systematisch – und auch seinem Wortlaut gemäß – hinter Artikel 2 anzuordnende Vertragsbestandteil verpflichtet ab dem Jahr 1990 zur überprüfenden Bewertung der Maßnahmen nach Artikel 2, und zwar unter Beachtung der hier genannten Informationen, mindestens im Turnus von vier Jahren (Satz 1). Die Sätze 2 und 3 regeln die Art und Weise sowie das Verfahren dieser Bewertung.

Zu Artikel 7

Mit dieser für das Funktionieren des Gesamtvertragswerks zentralen Bestimmung wird die Verpflichtung begründet, dem Sekretariat Daten über Produktion, Einfuhren und Ausfuhren zu übermitteln.

Absatz 1 begründet diese Pflicht für den Zeitraum von drei Monaten nach Entstehen der Vertragspartnerschaft, und zwar zu jedem vom Protokoll erfaßten Stoff, bezogen auf das Jahr 1986.

Absatz 2 statuiert die Übermittlungspflicht, bezogen auf das Kalenderjahr des Beginns der Vertragspartnerschaft und die Folgejahre, und zwar unterschieden nach vernichteten sowie den an Vertrags- und Nichtvertragsparteien gelieferten Stoffen (Satz 1). Die Meldepflicht ist spätestens neun Monate nach dem Ende des Jahres zu erfüllen, dessen Daten zu übermitteln sind.

Zu Artikel 8

Sanktionen und das Verfahren bei Nichterfüllung des Vertrags bleiben einem Beschluß der ersten Tagung der Vertragsparteien (Artikel 11) vorbehalten.

Zu Artikel 9

Entsprechend der Rahmenvereinbarung in den Artikeln 2 Abs. 2 und Artikel 4 des Wiener Übereinkommens sind die Vertragsparteien aufgrund dieser konkretisierenden Vorschrift verpflichtet, Forschung, Entwicklung und Informationsaustausch vermittels der in Absatz 1 Buchstaben a bis c näher bezeichneten Maßnahmen zu fördern.

Absatz 2 stipuliert die Zusammenarbeit zur Förderung des öffentlichen Bewußtseins über die Auswirkungen der jeweils erfaßten bzw. weiterer ozonschichtabbauender Stoffe auf die Umwelt.

Zu Artikel 10

Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit und zur technischen Unterstützung ist in Artikel 4 Abs. 2 des Wiener Übereinkommens rahmenartig festgelegt; sie wird in Artikel 10 des Protokolls im einzelnen ausgestaltet im Hinblick auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und eine größtmögliche Beteiligung weiterer Staaten an dem Protokoll.

Zu Artikel 11

Die in Artikel 6 des Wiener Übereinkommens eingerichtete Konferenz der Vertragsparteien ist das zentrale Beschlußorgan des Protokolls. Seine Befugnisse, Aufgaben sowie die wichtigsten Organisationsregeln (eine Geschäftsordnung beschließt die Konferenz selbst) sind in Artikel 11 des Protokolls niedergelegt.

Zu Artikel 12

Während Artikel 7 der Wiener Konvention die zunächst von UNEP wahrgenommenen Aufgaben des Sekretariats festlegt, wird dieses Sekretariat nunmehr konstituiert. Die vielfältigen Tätigkeiten des Sekretariats im Rahmen des Protokolls werden im einzelnen aufgeführt und zusammengefaßt.

Zu Artikel 13

Die Gesamtfinanzierung gemäß einer noch zu beschließenden Finanzordnung geschieht ausnahmslos aus Beiträgen der Vertragsparteien.

Zu Artikel 14

Es wird klargestellt, daß die Bestimmungen des Übereinkommens gelten, soweit das Protokoll schweigt.

Zu den Artikeln 15 bis 20

(Schlußbestimmungen)

Die Artikel enthalten Bestimmungen über

- die Unterzeichnungsmöglichkeit (Artikel 15): bis zum 15. September 1988,
- das Inkrafttreten (Artikel 16): am 1. Januar 1989,
- die Vertragspflichten von Parteien, die nach Inkrafttreten Vertragspartner werden (Artikel 17),
- die Unzulässigkeit von Vorbehalten (Artikel 18),
- die Möglichkeit zum und das Verfahren bei Rücktritt (Artikel 19),
- die sechs verbindlichen Sprachen der Urschrift des Protokolls und seine Hinterlegung (Artikel 20).

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 812325 7. 88
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333